Historische Tatsachen Nr. 86

SIEGFRIED EGEL

Souveränität der uneingeschränkten Solidarität

»In ewiger Vergessenheit begraben»

Im Westfälischen Frieden 1648, der nach Dezimierung fast der Hälfte der deutschen Bevölkerung und Verwüstung ganzer Landschaften den Dreißigjährigen Krieg und damit die Religionskriege in Europa beendete, hatten die Vertragsparteien in Münster und Osnabrück (Kaiser Ferdinand III, Franzosen und Schweden) -- abgesehen von den territorialen Verfügungen -- beschlossen:

"Es soll auf beiden Seiten in ewige Vergessenheit geraten und eine Amnestie alles dessen eintreten, was von Beginn dieser Unruhen an nur irgendwo oder irgendwie von dem einen oder anderen Teile hinüber oder herüber an Feindseligkeiten geschehen ist. Keiner darf somit um derentwegen oder irgendeiner anderen Ursache oder eines Vorwandes willen dem andern künftig irgendwelche Feindseligkeit oder Feindschaft, Belästigung oder Hindernis hinsichtlich seiner Person, seines Standes, seines Besitztumes, seiner Sicherheit durch sich oder durch andere, heimlich oder offen, direkt oder indirekt unter dem Scheine des Rechts oder auf dem Wege der Gewalt, innerhalb des Reiches oder irgendwie außerhalb desselben antun oder anzutun befehlen oder zulassen, und keinerlei frühere auf das Gegenteil abzielende Verträge können hier entgegenstehen. Vielmehr sollen alle und jede von beiden Seiten sowohl vor dem Kriege als im Kriege durch Wort, Schrift oder Tat zugefügten Unbilden, Gewaltsamkeiten, Feindseligkeiten, Schäden, Unkosten ohne jedes Ansehen der Person oder Sache derart gänzlich abgetan sein, daß alles, was immer der eine gegen den andern unter diesem Titel vorgeben könnte, in ewiger Vergessenheit begraben sei." *)

»Weder Untersuchung, noch Anklage oder Strafe«

"Schließlich sollen alle einzelnen Offiziere und Soldaten, wie auch Zivilräte und Bediente, Weltliche und Geistliche, wes Namens und Standes sie sein mögen, ob sie der einen oder der anderen Kriegspartei oder deren Bundesgenossen oder Anhängern in Zivil- oder Kriegsangelegenheiten gedient haben, von dem Höchsten bis zu dem Niedrigsten und vom Niedrigsten zum Höchsten ohne allen Unterschied oder Ausnahme, samt Frauen, Kindern, Erben, Nachfolgern und Dienern bezüglich ihrer Person und Güter in denjenigen Zustand ihres Lebens und Rufes, ihrer Ehre und ihres Gewissens, ihrer Freiheit, Rechte und Privilegien auf beiden Seiten gesetzt werden, deren sie vor den genannten Unruhen sich erfreuten oder hätten erfreuen können.

Es soll auch weder deren Leuten noch Gütern irgendein Nachteil erwachsen oder eine Untersuchung oder Anklage angestrengt, viel weniger eine Strafe oder ein Schaden unter was immer für einem Vorwand zugefügt werden." **)

*) Friedensvertrag in Münster vom 24.10.1648 und Osnabrück vom 26.10.1648.
**) Friedensvertrag von Osnabrück Art. IV, § 51.

Die Imperialstaaten haben nach 1945 mit Deutschland keinen Friedensvertrag abgeschlossen, statt dessen unter Verfälschung des Geschehens unentwegt einseitige Schuldverdikte, Daueranklagen, Sühneverpflichtungen und Strafprozesse erzwungen.



Bundeskanzler Willy Brandt bekannte sich am Warschauer Denkmal für den Ghettoaufstand zur Schuld- und Sühneverpflichtung des deutschen Volkes. Schon 1944 hatte er den USA die Vertreibung seiner Landsleute aus ihrer ostdeutschen Heimat anempfohlen (vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 11 S. 40) und blieb seitdem Informant der US-Geheimdienste. Weder kam ihm in den Sinn, die Kriegsursachen sachgerecht zu erforschen noch der deutschen Opfer zu gedenken.

Historische Tatsachen Nr. 86

-- **Wissenschaftliches Sammelwerk** --

SIEGFRIED EGEL

Souveränität der uneingeschränkten Solidarität

Die in diesem Heft berichteten Tatsachen sind aus verschiedenen, auch gegensätzlichen, in- und ausländischen Veröffentlichungen, aus der Anhörung von Zeitzeugen und Sachverständigen und nach wissenschaftlicher, kritischer Prüfung gewonnen worden. Ihre Richtigkeit ist nachprüfbar. Vielfache Fußnoten weisen dem Leser und Forscher die Richtung.

Soweit aus Tatsachen Folgerungen zu weiteren Tatsachen gezogen werden, ergeben sich diese aus der Logik, aus der Naturwissenschaft, aus der geschichtlichen und Lebenserfahrung. Auch sie sind somit nachvollziehbar. Wiedergegebene Darstellungen Dritter sind gleichermaßen geprüft, wobei Zustimmung oder Ablehnung beigefügt ist.

Über die Selbstverpflichtung des Verfassers und Verlegers hinaus ist dieses Heft juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen.

Psycho-Krieger

"Die Psycho-Krieger waren (wie die Wirtschaftskrieger) der Ansicht, daß der psychologische Krieg (wie der wirtschaftliche) nie zuende geht. Die Abteilung für psychologische Kriegführung wurde in Abteilung für Informationskontrolle umgetauft und nahm (weiterhin unter General McClure) ihren Sitz in Bad Homburg, von wo sie im Frühjahr 1946 nach Berlin, dem Sitz des Militärgouverneurs, verlagert wurde. Die Abteilung für Informationskontrolle war eine der Abteilungen der Militärregierung und für den gesamten Bereich der Kultur und des Nachrichtenwesens (mit Ausnahme der Erziehung und Religion) zuständig."

Caspar v. Schrenck-Notzing, "Charakterwäsche", Stuttgart 1965, S. 131.

Generalsekretär des World-Jewish-Congress, **Israel Singer**, bei seinem "DDR"-Besuch in Ost-Berlin 1988:

"Der Weltkongreß verfüge über beträchtlichen und weltweiten politischen und wirtschaftlichen Einfluß und besitze bei allen politischen Entscheidungen in den USA ein Mitspracherecht."

Michael Wolffsohn, "Die Deutschland-Akte" -- Tatsachen und Legenden", München 1996, S. 343. 345

Siegfried Verbeke + THE BARNES REVIEW (TBR Co)
Postbus 46 — 1433 Pennsylvania Ave. S.E.
B 2600 Berchem 1 — Washington D.C. 2003 --USA

ISSN 0176 - 4144

Beurteilung der Bundesrepublik

Lennart Meri, Staatspräsident Estlands, am 3. Oktober 1995:

"Wenn man diese Moral zur Schau trägt, riskiert man, nicht ernst genommen zu werden. Als Nicht-Deutscher erlaube ich mir die Bemerkung: Man kann einem Volk nicht trauen, das rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung vorführt. Diese Haltung wirkt auf mich wie ein Ritual, eine Pflichtübung, die überflüssig und sogar respektlos gegenüber unserem gemeinsamen Europa dasteht. Um glaubwürdig zu sein, muß man auch bereit sein, alle Verbrechen zu verurteilen, überall in der Welt, auch dann, wenn die Opfer Deutsche waren oder sind. ...

Bevor wir überhaupt an eine neue Weltordnung zu denken beginnen, brauchen wir vor allem historische Aufrichtigkeit und Objektivität."

Pommersche Zeitung, 4.11.1995, S. 1 + 2.

Lord Ismay,
Erster Generalsekretär der Nato,
über den Zweck der Nato:

"To keep the Americans in, the Russians out and the Germans down."

Die Nato diene dazu, die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten.

Die Welt, 18 Mai 2001, S. 8.

INHALT

"Heilige Krieger" gegen Deutschland schon seit 1918

Einige Kenntnis über die US-Machtelite um die Zeit des Ersten Weltkrieges ist Voraussetzung, um die weltweiten Auswirkungen zu verstehen, die damals und auch zur Zeit **F.D. Roosevelts** zu jenen fremdkontinentalen Kriegen geführt haben, deren zweimaliges Opfer vor allem Deutschland geworden ist, das zu keiner Zeit Streit mit den USA gesucht hatte. Da dieses zweifellos umfangreiche Thema bereits in zahlreichen Ausgaben der ***Historischen Tatsachen*** (***HT***) behandelt worden ist, mag es hier nur kurz skizziert sein, um deutlich zu machen, daß diese von keiner Wahl abhängige und abwählbare Machtelite sich ihrer Herrschaftsbasis bewußt war und nach wie vor ist. Sie pflegte bzw. pflegt den alle 4 Jahre von Wahlen und ihren Finanzen abhängigen, dann aber mit überreichlich Vollmachten ausgestatteten Präsidenten des Staates einschließlich seiner gesamten Regierungsmannschaft als ihre Vollzugskandidaten zu betrachten.

Dies erklärt, warum Angehörige dieser Machtelite selbst während der Amtszeit des Präsidenten sich eine Sprache leisten und Entwicklungen in Gang setzen konnten und nach wie vor können, denen der Präsident wehrlos gegenübersteht, sie duldet, sie unterstützt und schließlich selbst vorantreibt.

Besonders tragisch hat sich dies bereits bei Präsident **Woodrow Wilson** 1913 im Zusammenhang mit dem Federal Reserve Act, der die Kompetenz der staatlichen Notenbank in die Hände eines privaten Bankenkonsortiums verlagerte, 1917 mit dem Kriegseintritt der USA und 1918/1919 in Versailles ausgewirkt. Dort nämlich hatten sich dank seiner Abhängigkeit und zusätzlichen Unfähigkeit international organisierte Minderheitengruppen an den Konferenztisch der alliierten Kriegführenden gedrängt. Sie nahmen dort Platz als tonangebende Mitbestimmer über Kriegsziele und dauerhafte Knebelung der Verlierernationen. Massiv mischten sie sich in deutsche Angelegenheiten ein und markierten damit den Beginn erneuter und dauerhafter Gegensätze und Feindschaften. Während die Siegermächte wenigstens noch von "Friedens"-vertrag sprachen (obgleich von "Vertrag" gar keine Rede sein konnte), galt ausgerechnet für sie, die sich später -- 1936 -- im World Jewish Congress zusammengeschlossen haben, dieses voluminöse Bedingungswerk lediglich als Waffenstillstandsgrundlage.[1] Aus diesem leiteten sie dann später anläßlich ihnen unerwünschter Entwicklungen in Deutschland die "Berechtigung" her, den deutschen Staat "bis zur Existenzvernichtung" zu boykottieren.[2]

1) World Jewish Congress, "Unity in dispersion -- a history of the world jewish congress", New York 1948, S. 136 + 140.

Die oben angedeuteten Herrschaftsverhältnisse in den USA hat der Schwiegersohn von F.D. Roosevelt, **Curtius B. Dall**, auf die Kurzformel gebracht:

"An einem Sonnabendmorgen im Sommer 1912 kam Bernard Baruch in das demokratische Hauptquartier mit Wilson im Schlepp. Er führte ihn, wie man einen Pudel an der Leine führt. ..."

Er erhielt seine Anweisungen, gelobte, gab jedem die Hand und verschwand.

"Die führenden Persönlichkeiten und ihre Berater gingen darauf in das Hinterzimmer des Hauptquartiers, schlossen die Tür und hielten sich den Bauch vor Lachen." [3]

Nichts gegen Ratgeber, sie sind zweifellos notwendig. Doch sobald Ratgeber einen Gruppenegoismus zur Aushöhlung demokratischer Strukturen und des Volkswillens entwickeln sowie Kriegshetze und Ausraubung fremder Nationen betreiben, wird diese Sachlage auch für einen Präsidenten kriminell, sofern er nicht dagegen einschreitet.

Auch **Stephen Wise** gehörte zur genannten Macht-elite in den USA und genoß die "Freiheit seiner Meinung", ohne den Staatsanwalt befürchten zu müssen, der ihn seiner über "Volksverhetzung" weit hinausgehenden "heiligen Kriegführung" wegen auf die Anklagebank hätte verweisen müssen. In seinen Memoiren schilderte er sein politisches Engagement:

"Die erste Sitzung des amerikanischen Judenkongresses trat schließlich vom 15. - 18. Dezember 1918 in Philadelphia zusammen. Mehr als 400 Delegierte waren anwesend, 300 waren in den nationweiten Wahlen gewählt und 100 von den nationalen Organisationen benannt. ...

Die Versammlung nahm ein Programm zur Unterbreitung der Friedenskonferenz an, ...

So war das Kongreßprogramm ein entscheidender Sieg für jene unter uns, die darauf bestanden, daß die Rechte der Juden als ein Volk und einer Nationalität, nicht weniger als Individuen, gesichert werden müßte. Es war nicht weniger ein Triumpf für die zionistische Sache. Es war bedeutsam, ja prophetisch, so möchte ich hinzufügen, daß der Kongreß eine Resolution annahm, die an den Amerikanischen Judenkongreß gerichtet war, um diesen aufzufordern, »notwendige und wirksame Schritte in Zusammenarbeit mit den repräsentativen jüdischen Organisationen in anderen Ländern zu unternehmen, um einen Weltjudenkongreß einzuberufen«.

Der Kongreß wählte eine Delegation, die das amerikani-

2) ***Jewish Daily Bulletin***, New York, 27.11.1934; -- vergl. ***HT*** Nr. 26, S. 23.

3) Curtius B. Dall, "Amerikas Kriegspolitik -- Roosevelt und seine Hintermänner", Tübingen 1975, S. 202 - 204.

sche Judentum auf der Versailler Friedenskonferenz vertreten sollte. Sie bestand aus den Richtern Julian Mack (Sprecher, chairman), Louis Marshall, Oberst Harry Cutler, Jacob de-Haas, Rabbi B.L. Levinthal, Joseph Barondess, Nachman Syrkin, Leopold Benedict, Bernard Richards und mir.

Ich war schon unterwegs, habe mich nach London und Paris aufgemacht, sobald der Krieg zu Ende war, um Diskussionen mit jüdischen und Regierungsführern aufzunehmen. So war ich in der Lage, Mr. Balfour ... die Resolution des Kongresses einen Tag nach ihrer Annahme zu übergeben, die Britannien aufforderte, die Treuhandschaft über Palästina zu übernehmen.

In Paris vereinigte sich die Kongreß-Delegation (joined forces with and became part of) mit dem Comité des Délégations Juives, welches, soweit es die Kriegserfordernisse erlaubten, sich aus demokratisch gewählten Vertretern der jüdischen Bevölkerungen Europas zusammensetzte." [4) S. 206 - 207]

Über politische Einzelheiten, in welcher Weise das Comité des Délégations Juives Einfluß auf die Entscheidungen der Versailler Friedenskonferenz genommen hat, schwieg sich **Stephen Wise** in seiner Autobiographie aus, wie er überhaupt quer durch Themen und Zeiten eilte, ohne etwas ausführlich zu bearbeiten. So bleibt nicht nur sein Buch unbefriedigend, sondern sogar ein erschütterndes Zeugnis dafür, wie sich dieser langjährige Präsident des Amerikanischen Jüdischen Kongresses und persönliche Vertraute des amerikanischen Präsidenten F.D. Roosevelt unter Berufung auf einseitige Informationen schon seit 1933 als "heiliger Krieger" gegen Deutschland betätigte und die Völker der Welt zum Kampf gegen Deutschland aufrief, anstatt sich um seine amerikanischen Belange zu kümmern.

Als um die Jahreswende 1933/1934 eine Gruppe deutscher Juden ihm den Rat übermittelte, "*er sollte sich nicht mit den jüdischen Belangen in Deutschland befassen, sondern wenn er schon darauf bestehe, sich mit jüdischen Verhältnissen in Europa auseinanderzusetzen, so sollte er sich um die jüdischen Probleme in Polen und Rumänien kümmern*", steckte er nicht zurück.

Dafür "zitierte" er "*einen engsten Freund*" Hitlers, ohne diesen allerdings zu benennen, um angebliche Worte des Reichskanzlers wiederzugeben:

"*Ich will die Juden Deutschlands vernichten, und nachdem ich sie vernichtet haben werde, will ich die Juden der ganzen Welt vernichten.*" [4) S. 235]

Für ihn begann der Terror in Deutschland sofort mit dem 30. Januar 1933. Seine "Beweisquellen" waren das "Berliner Tagebuch" von **William Shirer** sowie sich "*ständig steigernde Greuelberichte aus Berlin*" -- u.a. über in die Haut von Juden eingeritzte Hakenkreuze, öffentliche Aufforderung **Görings** "*Hängt sie jetzt*", "*tut es jetzt*" [16) S. 241] --, wobei ihn bekümmerte, daß selbst deutsche Juden mit Vermögen und gutem Ruf Roosevelt berichteten, "*daß die Verhältnisse nicht so schlimm seien, wie Wise und andere berichten*". [4) S. 238]

Beachtlich jedoch, was ihm der oberste US-Richter und maßgebende jüdische Führer **Brandeis** ("*the wisest head in Jewry*" [4) S. 245]) mitteilte:

"*Die Juden müssen Deutschland verlassen. Es gibt keinen anderen Weg. Ich möchte die Juden aus Deutschland hinaus haben (I would have the Jews out of Germany). Sie wurden mit tiefster Mißachtung behandelt. Ich dränge darauf, daß Deutschland von Juden frei werde. Mag Deutschland das Schicksal Spaniens teilen.* (welches vor 400 Jahren die Juden vertrieben hat, -- d. Verf.). *Kein Jude muß in Deutschland leben.*" [4) S. 237]

Stephen Wise zitiert ein längeres Kabeltelegramm von Herausgebern einer jüdischen Zeitung aus Hamburg, das er am 31. März 1933 erhalten hat.

"*... Deutsche Juden klagen Sie und ihre Mitstreiter an, Handlanger von fremden politischen Einflüssen zu sein. Ihre gefühllose Überschätzung eigener internationaler Bedeutung und ihr mangelndes Urteilsvermögen schädigen hauptsächlich jene, die Sie vorgeben schützen zu wollen. ... Am besten, Sie löschen Ihr eigenes Rampenlicht und schließen Ihre nutzlosen Versammlungen, denn sie sind die sichersten Mittel gegen Antisemitismus. Deutsche Juden, die sich mit unseren großen nationalen Ideen verbunden fühlen und sich taktvoll verhalten, werden von den arischen Nachbarn und den gegenwärtigen Regierungsbeamten mit zuvorkommender Höflichkeit behandelt (are treated with pronounced consideration). Bitte klären Sie jedermann über das zuvor Gesagte auf. Dies ist Ihre wichtigste Pflicht, um Ihre Verbrechen uns gegenüber wieder gutzumachen.*" [4) S. 249]

Doch bereits die eintägige deutsche Abwehrboykottmaßnahme am 1. April 1933 gegen die jüdische Kriegserklärung vom 24.3.1933, den Wirtschaftsboykott gegen Deutschland und die Madison Square Versammlung in New York vom 27.3.1933 funktionierte **Stephen Wise** in ein "Pogrom" um, das als eine "*Teutonic St. Bartholomäusnacht*" geplant gewesen sei[4) S. 250], verblieb somit auf "heiligem Kriegspfad" auch mit dem wiederholten Hinweis, daß "*Deutschland eine Bedrohung des Weltfriedens*" sei [4) S. 257]. Dies, wie gesagt, bereits 1933, als das Weltjudentum dem aus Wirtschafts- und Bürgerkriegschaos soeben entronnenen Deutschland schon den Krieg erklärt hat! **Wise** lehnte strikt eine "*Koexistenz mit dem Nazismus*" ab.[4) S. 260]

"*Von den Händen des Nazismus zu sterben, ist grausam. Zu überleben auf Grund seiner Großmut wäre zehntausendmal schlimmer.*" [4) S. 260]

Ist das die Sprache eines Politikers, der den Frieden liebt, oder die eines Mannes, der unbedingt Streit sucht?

Oder seine Schilderung über das Begräbnis von Botschaftsrat Ernst v. Rath in Düsseldorf im November 1938:

"*An dem Tage des Begräbnisses in Düsseldorf ergriffen die Nazis den Rabbi der Stadt, brachen seinen Körper in Stücke und trugen dann seinen toten, zerfetzten Körper zu seiner Frau, und seine Frau verlor ihren Verstand (reason)*". [4) S. 263]

Liefert er etwa einen Beweis dafür? Nein! Hat dies

4) Stephen Wise, "Challeging Years -- The Autobiography of Stephen Wise", New York 1949.

etwa jemand bestätigt? Nein! Wie also steht es um die Ehrlichkeit dieses "Heiligen Kriegers"?

Die Reichsregierung oder ihre Organe hatten sich in **seine** Angelegenheiten **nicht** eingemischt, nie mit Lügen oder Greuelgeschichten gegen ihn gehetzt!

14 Kriege zwischen 1918 und 1938

Nach dem Friedensschluß in Versailles 1919 bis zum Jahre 1938 sind weltweit 14 Kriege geführt und 26 gewaltsame Interventionen und Sanktionen durchgesetzt worden. Bis auf die Beteiligung am spanischen Bürgerkrieg, um eine Einkreisung Europas durch die bolschewistischen Weltrevolutionäre zu vereiteln, war Deutschland an keinem dieser Kriege beteiligt. Ganz im Gegensatz hierzu jedoch die Staaten der "westlichen, der freien Welt", in deren Namen US-Präsident **F.D. Roosevelt** die Deutschen (+ Italiener + Japaner) als *"Aggressoren"* brandmarkte und ihnen Verhaltensvorschriften machte, während er gleichzeitig ihren Nachbarn kriegerisches Eingreifen mit dem Versprechen anriet, die USA würden helfen.

Die Führungsmacht der "friedliebenden Nationen" -- die USA -- führte von 1918 - 1938 = 6 militärische Interventionen durch, Sowjetrußland = 10. Sie waren bereits die größten Nationen der Erde und besaßen Reichtümer und Rohstoffe, von denen die anderen nur träumen konnten. Ihnen hatte auch keine deutsche Regierung irgendwelche Provinzen gestohlen, Korridore quer durch ihr Land geschlagen, ihre dort wohnende Bevölkerung vertrieben oder nach und nach enteignet oder gar eine Hungerblockade gegen sie verhängt oder sie unter entehrenden Bedingungen und falschen Beschuldigungen zu Reparationszahlungen oder zur Duldung eines Besatzungsstatus gezwungen.

Bericht einer Konferenz über Nachkriegs-Deutschland

Offenbar führte US-Amerika nicht nur einen "heiligen Krieg für die Humanität" sondern auch gegen die "Geisteskranken dieser Welt"!

(Auszug)[5]

Joint Committee on Post-War Planning of a Conference on Germany after the War

"Einberufen durch das Komitee für Nachkriegsplanung und zusammengesetzt aus Delegierten der American Association on Mental Deficiency (Geistesstörungen), American Branch of the International League Against Epilepsy, American Neurological Association, American Orthopsychiatric Association, American Psychiatric Association, American Society for Research in Psychosomatic Problems and the National Committee for Mental Hygiene, Inc..

Am 29. und 30. April, 6., 20. und 21. Mai und 4. Juni 1944 abgehalten an dem College für Physiologen und Ärzte, Columbia University, New York City.

Konferenzteilnehmer waren Kulturanthropologen, Psychiater, Psychologen und Soziologen, Spezialexperten auf den Gebieten der Erziehung, der ökonomischen und politischen Wissenschaften. Dazu traten Gäste, deren Rat wegen ihrer Kenntnisse der deutschen Verhältnisse von Bedeutung war. ...

Ein Unterausschuß, dem die meisten New Yorker Mitglieder angehörten, wurde beauftragt, diesen Bericht zusammenzustellen."...

Konferenz über Nachkriegs-Deutschland

-- Kurzfassung der Sitzungsberichte --

"Die folgende Erklärung bringt in Kurzfassung und in allgemein verständlicher Sprache die Ergebnisse einer durch das Gesamtkomitee einberufenen Konferenz über die Nachkriegsplanung. Diese Konferenz entstand aus der Überzeugung, daß ein dauerhafter Friede mit Deutschland mehr als nur militärische, politische oder wirtschaftliche Maßnahmen oder eine Kombination der vorgenannten erfordert. Er erfordert eine Veränderung der Deutschen in ihrem innersten Kern. Man beginnt zu erkennen, daß das Nazitum lediglich ein Ausdruck von Idealen und Einstellungen ist, die seit langer Zeit bei der Mehrzahl der Deutschen vorherrschten. Seine verdorbenen und widernatürlichen Grundsätze haben solch weltweite Schrekken und Bestürzung hervorgerufen, daß Maßnahmen erforderlich sind, um die zugrundeliegenden Kräfte auszurotten, damit der Welt eine Garantie gegen ihr Wiederauftauchen in der Zukunft gegeben ist.

5) National Archives Washington DC, Section 3, Bx 119, No. 50, Envelope 188, S. 9 ff.

Unsere amerikanische demokratische Einstellung ließ uns glauben, daß das, was Völker innerhalb ihrer eigenen Grenzen denken und tun, nicht unsere Angelegenheit ist. Wir haben erkannt, daß das nicht immer der Fall ist. Das Gedankengut und das Handeln, die das deutsche Volk seit mehreren Generationen charakterisieren, entsprechen den Motiven, die es zu wiederholten Aggressionen außerhalb der deutschen Grenzen veranlaßte, und deshalb sind notwendigerweise deutsche Angelegenheiten zu unseren Angelegenheiten geworden. Deutsche Angriffslust entspringt deutschem Charakter.

Die deutschen Charaktertendenzen, die hier zur Diskussion stehen, sind nicht angeboren. Sie sind durch Übung und Erziehung erworben. Der Charakter wird in jeder Kultur durch Institutionen, in welchen der einzelne seine Möglichkeit zum Selbstausdruck findet, geformt. Institution ist der gebräuchliche Begriff für all die traditionellen Muster von Handlung, Sprache, Glaube und Gefühl, die jede Volksgruppe historisch entwickelt, um ihren Weg zur sozialen Ordnung zu finden, das menschliche Verhalten zu regeln und die ständigen Aufgaben des Lebens zu erfüllen. Institutionen formen den Charakter: dieser macht Institutionen dauerhaft.

Die Konferenz war der Ansicht, daß unsere einzige Hoffnung, uns gegen ein Wiederausbrechen dieses unwiderstehlichen deutschen Triebes zu schützen -- nämlich anzugreifen und zu zerstören, diesen unglaublichen Rückfall in Barbarei und Grausamkeit -- darin besteht, das deutsche Problem entschlossen, beharrlich und kämpferisch anzupacken und alle vorhandenen Mittel einzusetzen, um eine stufenweise und dauerhafte Umbildung des deutschen Charakters zu erreichen.

Das Ziel

Die Hauptaufgabe dieser Konferenz war es daher, insbesondere da sie aus Experten der psychologischen Wissenschaften gebildet war, das Wesen dieses deutschen Charakters und sein mögliches Verhalten auf Niederlage und Nachkriegsregelungen zu beschreiben, auf Gefahren hinzuweisen, die erkannt werden müssen, und auf Vorteile, die durch bestimmte Verhaltens- und Planungsmuster gesichert werden können.

Und schließlich, Mittel und Wege zu sondieren, um eine dauerhafte Umformung des deutschen Charakters zu erreichen. Die Konferenz erachtete, daß die Mehrheit der Fakten darauf hindeute, daß die gefährlichen Eigenschaften des deutschen Charakters verändert werden können. ◆

Darstellung der Lage --

Die kulturelle Grundlage des nationalen Charakters

Das Bild dieses deutschen Charakters wurde wie folgt gekennzeichnet: Die Deutschen sind ein Volk, daß sich mit Rangfragen stark beschäftigt. Wer steht über wem und wer ist untergeordnet, ist eine Hauptsorge. Der Ranghöhere herrscht über den Rangniedrigeren, der Rangniedrigere ist dem Ranghöheren unterwürfig. Aus diesem Grunde war die deutsche Gesellschaft seit Generationen mit Gewalt- und Unterwerfungsgefühlen durchsetzt. Der Deutsche kommandiert oder er duckt sich. Das zeigt sich in der Familie, in der der Vater über Frau und Kinder herrscht. Sobald er fort ist, beugt er sich seinem Vorgesetzten, während die Mutter ihre kinderbehütenden Neigungen auf dem Altar der Unterwerfung unter den Vater opfert. In solch einer Gesellschaft ist die Fähigkeit zu herrschen offensichtlich die Kraft, die am meisten geschätzt wird. So ist Herrschaft -- zu Hause, in der Schule, im Geschäftsleben, im Staatswesen -- der anerkannte und erwartete Lebensstil.

Jedoch findet sich im deutschen Charakter ein tief verwurzelter Zwiespalt. Als Resultat dieser rigorosen Stufenleiter von Rang und Herrschaft sucht der typische Deutsche wirklichkeitsfremde Entlastung und wendet sich einer entgegengesetzten Verhaltensweise zu, verübt die wildesten Ausschweifungen, die er als Ausdruck hochtönender Ideale rechtfertigt. Ein weiterer Ausdruck dieses überraschenden Zwiespalts ist in der deutschen Sentimentalität und Hingabe an die Musik erkennbar.

Auf Grund dieser Sachlage ist die politische Geschichte der Deutschen nicht überraschend. Die Vorstellung, die sie von sich selber hatten, ist die einer beherrschenden Nation. Die einzige Alternative zur Herrschaft ist die Unterwürfigkeit. Entweder totaler Sieg oder totale Niederlage, entweder Ruhm oder Schande. Sie haben nie die Ideale des Kompromisses, der gegenseitigen Anpassung und der Zusammenarbeit mit Gleichen erreicht.

Die Auswirkungen dieses Charakterzwiespalts zeigen sich im Volksverhalten an Charakterzügen, die denen nahekommen, die bei Wahnsinnigen beobachtet werden. Das Einzelwesen kann dazu gebracht werden, immer im Zustand der Angst vor dem 'Feind' zu leben und die Notwendigkeit zu empfinden, stark genug sein zu müssen, um diesen zu überwältigen. Die Vorstellungen, die der Deutsche von seiner Welt hat, sind niemals die von Gleichberechtigten, mit denen er zusammenarbeiten kann, und die Vorstellung, die er vom Frieden hat, ist niemals die eines dauerhaften Zustandes. Frieden enthält immer angespanntes Warten und Vorbereitung auf den Krieg.

Es ist die übereinstimmende Meinung der Konferenz, was immer für militärische, politische oder wirtschaftliche Maßnahmen ergriffen werden, so müssen sie alle mit dem Ziel geplant werden, den Deutschen zu helfen, ein neues Bild von sich selbst zu erhalten, das den Zwang, die Welt zu beherrschen, durch den Willen ersetzt, mit anderen Nationen zusammenzuarbeiten.

Der Zugang zu dem Problem

Beim Herangehen an die Probleme der Nachkriegsregelungen stimmte die Konferenz überein, daß es nicht die Absicht der Konferenz war, Aufgaben der Politiker zu übernehmen, sondern eher die in Aussicht genommenen politischen Schritte unter dem Gesichtspunkt ihrer möglichen Auswirkung auf das deutsche und das amerikanische Volk zu überprüfen. Die vor-

liegenden Schlußfolgerungen beruhen selbstverständlich auf der Annahme einer sich nähernden totalen Niederlage der deutschen Armeen. Man kam überein, daß einige Maßnahmen vorläufiger und behelfsmäßiger Natur sein würden und hauptsächlich durch militärische Organe geregelt werden, während andere von weitreichender Art hauptsächlich durch zivile Verwaltungen der alliierten Mächte geplant und ausgeführt werden. Diese ersten Maßnahmen sollten in Bezug auf eine langfristige Regelung sorgfältig bedacht werden. Geschicktes Anfassen der militärischen Aufgaben ermöglicht weitgehend den Erfolg späterer Regelungen. Das Gegenteil ist genauso wahr. Beide Vorhaben sind Stufen einer gigantischen und unvermeidbaren Revolution auf dem Gebiet der Weltplanung. Beide Stufen sollten in erster Linie vom Standpunkt ihrer Auswirkungen auf den deutschen Charakter bedacht werden, denn nur wenn eine fundamentale Neuorientierung des deutschen Charakters gelingt, kann die Welt für die Demokratie gesichert werden. Dieses Prinzip ist gleichermaßen zwingend für die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Stufen einer Regelung.

Kurzfristige Pläne

Die Konferenz war sich einig über die grundsätzliche Brauchbarkeit bestimmter derzeitiger Pläne, die mehr oder weniger als selbstverständlich betrachtet werden.

1. Daß die deutsche Armee total und vollständig geschlagen werden muß und daher ihr Ansehen zerstört wird.

2. Daß kein Kuhhandel bei den Bedingungen eines Waffenstillstandes getrieben wird, sondern die Forderung, sich dem Willen des Eroberers zu fügen.

3. Das Konzept 'Bedingungslose Kapitulation' sollte mehr bedeuten, als die Kapitulation von Soldaten, Waffen und Kriegsmaterial. **Es sollte als ein Akt der Aufgabe deutscher Souveränität verstanden werden.** Dieser Ausdruck bedeutet das Eingeständnis, daß die Deutsche Regierung und das Reich aufgehört haben zu existieren, und daß ihre zukünftige Neubildung als ein souveränes und unabhängiges Gebilde oder Staat davon abhängig gemacht wird, daß sich hinreichend starke und verantwortungsbewußte Persönlichkeiten und Institutionen herausbilden, auf deren Autorität und Zusammenarbeit sich die übrige zivilisierte Welt verlassen kann, und deren Vorstellungen über eine zivilisierte Welt weltweit gebilligt werden.

4. Daß keine Verpflichtungen der Alliierten hinsichtlich ihrer künftigen Pläne über die Beibehaltung ihrer bewaffneten Streitkräfte eingegangen werden.

5. Daß die für die deutschen Verbrechen gegen Menschlichkeit und Internationales Gesetz Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden. Das deutsche Volk erwartet, daß Schritte in dieser Hinsicht unternommen werden. Falls es in diesen Erwartungen enttäuscht würde, würde der Stamm der Nazipartei einen spektakulären Aufschwung nehmen. An die Frage, wer vor Gericht gestellt werden sollte, kann nur unter Berücksichtigung des Hintergrundes des Gesamtproblems, was Deutschland bewegt, herangegangen werden. Wir haben versucht, klarzustellen, daß ein Zwiespalt zwischen Anführer und Volk unglaubhaft ist. Eins greift ins andere. Anklagen wegen Kriegssschuld können logischerweise nicht auf die Führung begrenzt werden, ohne gleichzeitig jeden anderen zu entlasten. Gerichtsverfahren und Bestrafung sollten für eine gewisse Weile von oben nach unten auf die Bevölkerung ausgedehnt werden, um ein für allemal klarzustellen, daß Befürworter der alten kulturellen Traditionen nicht für schuldlos gehalten werden, nur weil sie keine herausragenden Führer waren oder keine Befehle erteilten. Die Normen für eine Bestrafung können jedoch nicht für alle gleich sein. Soweit es vernünftigerweise möglich ist, sollte die zugeteilte Strafe durch die Art des Verbrechens, den Grad der Verantwortung für ihre Verübung und die persönliche Grausamkeit, die durch den Täter angewendet wurde, bestimmt werden.

6. Daß die Vollmacht für die Durchführung irgendwelcher Notlinderungsmaßnahmen bei den alliierten Militärbehörden liegt, daß aber ihre tatsächliche Durchführung in die Hände deutscher Zivilverwaltungen gelegt wird, ...

Es wurde darauf hingewiesen, daß entsprechendes Hilfspersonal in neutralen Ländern oder in den Reihen der Quäker gefunden werden kann. ...

8. Die Dauer der kurzfristigen Regelungen sollte nicht im voraus festgelegt, sondern von dem Verhalten der Deutschen abhängig gemacht werden.

Langfristige Pläne

Wenn sich der Pulverdampf der Schlacht gelegt hat und das Not-Wiederaufbauprogramm im Gange ist, ist die Zeit reif, alles durchzuführen, was an langfristigen Plänen festgelegt wurde. Die Konferenz einigte sich auf bestimmte Verfahrensgrundsätze, die sich auf die Kenntnis des deutschen Charakters und auf die Ziele der langfristigen Pläne stützen. Genauso wie die Konferenz einen totalen Sieg für die Alliierten erwartet, so ist sie nach erheblicher Diskussion zur Schlußfolgerung gelangt, daß diesem Sieg nicht die Vernichtung des deutschen Volkes folgen sollte, sondern eher die grundlegende Veränderung der Charakterstruktur, aus der eine mehr zur Zusammenarbeit neigende, friedliebende und annehmbare Form einer deutschen Regierung erwachsen sollte. Aus dieser Annahme ergibt sich die Notwendigkeit für ein langfristiges Programm zur erfolgreichen Wiedereingliederung eines bestraften, aber besonders eines veränderten deutschen Volkes in die anderen Völker der Welt. Um eine solche erfolgreiche Wiedereingliederung zu erreichen, einigte man sich auf folgende Grundsätze:

1. Mittel und Wege müssen gefunden werden, um im deutschen Volk eine realistische Selbstachtung zu bewahren, auf der ein neues Fundament für einen institutionellen, gesellschaftlichen und schließlich politischen Neuaufbau gelegt werden kann.

2. Die Arbeit, den deutschen Charakter und die Institutionen wieder aufzubauen, müssen die Deutschen und nicht die Eroberer leisten.

3. Es ist weder angebracht, noch erfolgversprechend, eine

Bekehrung der Deutschen zu einer lediglich ideologischen Formulierung von Demokratie zu versuchen. Dies ist nicht der Schlüssel, um die notwendigen Veränderungen ihres Charakters und der Institutionen zu erreichen. Was wir erhoffen, ist eine Gemeinschaft von Deutschen, die demokratische Werte wünschen und verstehen, sich diese Werte selbst zu schaffen.

4. Das gesamte System der militärischen Ausbildung mit den verschiedensten militärischen Einrichtungen muß abgeschafft werden. Das Konzept eines Deutschlands, unzertrennbar von einem mächtigen Militärapparat mit militaristischen Zielen muß unterminiert und zerstört werden.

5. Das gesamte deutsche Erziehungssystem muß überholt werden, um einen beträchtlichen Grad der Dezentralisierung und Abschaffung der vom Staat diktierten Rangordnung zu erreichen.

6. Das gesamte Lehrwesen sollte auf die Entwicklung unabhängigen Denkens, Achtung vor gesellschaftlichen Beiträgen und Verachtung für den Rang an sich gerichtet werden. Die Wichtigkeit einer vereinten Welt und der Zusammenarbeit muß betont werden.

7. Zentren für Erwachsenenerziehung mit Programmen, die durch die alliierten Erziehungsbehörden genehmigt worden sind, sollten eingerichtet werden.

8. Ein Programm für eine angemessenere Vorbereitung des Lehrpersonals sollte sofort eingeführt werden, mit Vorkehrungen für Lehrer-Ausbildungs-Anstalten, deren Lehrpläne der Genehmigung durch die Alliierten unterliegt. Wenn möglich, sollte es mehr Lehrerinnen geben, da Männer zu sehr dazu neigen, enttäuschte Generale zu sein.

9. Jede mögliche Ermutigung zur Neubelebung ihrer alten Bräuche und Volkskunst sollte den verschiedenen örtlichen Regionen zuteil werden, um Programme für Sportwettbewerbe, Volkstanz, Musik u.a. zu entwickeln.

10. Schulgebäude könnten als Gemeindezentren benutzt werden, in denen alle mögliche medizinische Vorbeugung, Rat und Beistand in der Kinderpflege verfügbar sind, einschließlich solche wie 'bessere Milch für Babies', und Gruppenforen auf den Gebieten des Aufziehens von Kindern und der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern. Solche Einrichtungen würden dazu dienen, das Vertrauen der Mütter in das neue Schulsystem zu stärken und damit den Müttern ein neues Selbstvertrauen schaffen.

11. Gesellschaftliche und politische Veränderungen müssen eingeleitet werden, die die Ideale eines neuen und mehr liberalisierten Erziehungssystems fördern.

12. Der umfassende Grundsatz von den Rechten der einzelnen Länder muß als Mittel gegen die Tendenz zu einer stark zentralisierten, hierarchischen Regierung neu belebt werden.

13. Eine ausgeglichene Planwirtschaft sollte unter voller Ausnutzung der landwirtschaftlichen und industriellen Ressourcen entwickelt werden, aber eher mit dem Ziel der Einbettung eines solchen Planes in die Bedürfnisse anderer Länder, als Deutschland auf irgendeinem Gebiet überlegen oder unabhängig zu machen.

14. Presse, Rundfunk, Bühne, Film und Kirchen sollten der Regierungskontrolle entzogen werden.

15. Der Betrieb aller internationalen Nachrichtenverbindungen (Draht, Rundfunk, Luftfahrt, Handelsmarine u.a.) sollten der Kontrolle einer alliierten Kommission auf unbestimmte Zeit unterliegen.

16. Berufliche Ausbildung und Arbeitsmöglichkeiten sollten Frauen zugänglich gemacht werden. Solch eine Politik wirkt der Fortdauer des Statusdenkens entgegen, da so die Erwerbsfähigkeit von Leistung statt von Geschlecht abhängig gemacht wird.

17. Eine zahlenmäßige Zunahme der Berufsgruppen, bei denen funktionelle Leistung Schwerpunkt und Bedeutung hat, sollte erreicht werden. Im Verhältnis zu dieser Zunahme würden Berufe, bei denen das Ansehen von Bedeutung war, wie bei großen Teilen des Bauernstandes, dem alten Mittelstand und den Eliten entsprechend geschwächt werden.

18. Die leitende Behörde, die hinter allen diesen Programmen steht, würde notwendigerweise eine inter-alliierte Kommission sein. Deutsche, beauftragt mit der Durchführung und Ausführung dieser Pläne, müssen für diese Kommission annehmbar sein und werden entlassen, falls irgendwelche Beweise vorliegen, daß ihr Wille zur Zusammenarbeit mit dem Ziel, die erwünschte Endlösung zu erreichen, nicht ehrlich ist.

19. Viele der Unverbesserlichen werden sich selbst durch Rede und Tat entlarven. Starke Anstrengungen sollten unternommen werden, um wenigstens die schlimmsten Übeltäter bloßzustellen, um sie davon abzuhalten, das Programm scheitern zu lassen. Es gibt nur einige und wenige Mittel, solche Personen zu bekämpfen:

a) Unbegrenzte Internierung sowohl innerhalb als auch außerhalb Deutschlands.

b) Einsatz in sorgfältig überwachten Arbeitsbataillonen in anderen Ländern, aber auch in Deutschland, um Schäden instandzusetzen. Unter diesen Voraussetzungen sollte von ihnen verlangt werden, an Vortragsreihen teilzunehmen, bei denen geschichtliche Tatsachen, politische Bewegungen, Kriegsgeschehen usw. in leicht verständlicher Form zu bringen wären, mit Betonung der grundlegenden Ziele der Vereinten Nationen.

c) Verteilung in geringer Anzahl an weitentfernte Orte. (Das würde nicht das Problem bedeutenderer Zahlen lösen.)

20. Eine gründliche Schulung für das gesamte Personal ist unbedingt erforderlich, dem die Verwaltung und Ausführung der von der Kontrollkommission der Vereinten Nationen entworfenen Politik und Verordnungen anvertraut ist. Dieses Personal sollte allein sowohl auf Grund seiner Eignung für die Aufgabe als auch wegen seiner technischen und sprachlichen Kenntnisse ausgewählt werden. Erfolg oder Versagen des Programmes wird wesentlich davon abhängen, inwieweit diese Männer und Frauen den deutschen Charakter begriffen haben und inwieweit ihre Sympathien, aber auch Vorurteile die beständige und erfolgreiche Erfüllung ihrer Aufgabe behindern könnten.

Sie sollten ganz besonders davor gewarnt werden, einen anscheinend vollständigen und plötzlichen Wandel in der Ein-

stellung eines einzelnen Deutschen oder einer Gruppe zu wichtig zu nehmen. Sie sollten beobachten, aufzeichnen und berichten, aber bedacht sein, keinen Beweis dafür zu liefern, daß sie von der Echtheit des Wandels überzeugt sind.

Sie sollten auf lange Zeit hin gewissenhaft vermeiden, irgendeiner Klasse oder Gruppe innerhalb der deutschen Gesellschaft den Vorzug zu geben. Die Versuchung, für Menschen gleichen Bildungsstandes mehr Sympathie zu empfinden, sollte beachtet werden. Es ist möglich, sich zu früh auf Einzelne oder Gruppen einzulassen, von denen es später schwierig ist, sich zu lösen.

Hinter all diesen Reformen sollte die grundlegende Absicht verborgen sein, den Wahn von einer Herrenrasse, von einem besonderen Schicksal, und daß Macht Recht schafft, zu entlarven. Das Ideal der Macht muß durch das Ideal gütiger Stärke ersetzt werden, der Gedanke grundlegender Unterschiede und der Überlegenheit durch Anerkennung der Unterschiede und Achtung vor ihnen, oder der Begriff der 'Ehre' oder des persönlichen Ansehens durch das Streben nach moralischer Anerkennung und sittlichem Verhalten.

Hindernisse

Die Konferenz war sich einig, daß auf dem Weg, diese Ziele zu verwirklichen, gewisse Hindernisse vorhanden sind, von denen einige in unserem eigenen Charakter liegen, und schlug Mittel vor, diese Hindernisse zu überwinden.

Das erste dieser Hindernisse ist die Schwierigkeit, diejenigen auszubilden, die hauptsächlich für die Planung und Durchführung der Verfahren verantwortlich sind, die die aufgeworfenen komplizierten psychologischen Fragen betreffen. Die Konferenz schlägt eine umfassende Bekanntgabe bei den Dienststellen von den Teilen dieses Berichts und der einzelnen Anlagen vor, die ihre besonderen Verantwortungsgebiete betreffen.

Das zweite ist die Gefahr, daß wir Amerikaner bei der Aufgabe versagen könnten. Wir haben es fertig gebracht, den Frieden nach dem Ersten Weltkrieg zu verlieren. Wir werden diesen Frieden ebenfalls verlieren, falls wir nicht achtsamer auf die Versuchungen reagieren, denen unser eigener nationaler Charakter uns aussetzt. Das Bewußtsein unserer Stärke führt dazu, die Gefahr künftiger Schwierigkeiten zu bagatellisieren. Eine starke Minderheit von Isolationisten könnte durch Beeinflussung des Kongresses dem Programm Schwierigkeiten bereiten. Ein rührseliger Feldzug von Walroßtränen könnte geführt werden, um unseren kriegsmüden Veteranen und ihren Angehörigen einzureden, daß den Deutschen vertraut werden kann und es ihnen überlassen sein sollte, ihre Rettung selbst zu bewerkstelligen, da Hitler und Goebbels jetzt ohne Belang sind.

Nach einem erfolgreich geführten Krieg neigen demokratische Völker zu Schuldgefühlen. Solche Schuldgefühle machen uns anfällig, Einsprüchen wegen Ungerechtigkeiten, die vom besiegten Feind behauptet werden, recht zu geben. Wir neigen dazu, ihn als Benachteiligten zu behandeln, überfreundlich und zu nachsichtig zu sein. Wir sind zu abwägend und lassen uns durch jeden Kniff täuschen, den er benutzt, um Kraft für Rache zu gewinnen. All das, zusammen mit unserer heftigen Abneigung, sich in anderer Leute Angelegenheiten einzumischen, könnte das schwierigste aller Hindernisse schaffen, eine führende und beständige Rolle in der Sicherstellung des Friedens zu spielen. Wir müssen diesmal auf der Hut vor diesen unseren inneren Einstellungen sein und wachsam gegenüber dem raffinierten Geschick, mit dem die Deutschen sie wahrscheinlich ausnutzen werden.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Deutschen bereits ihre Pläne für den nächsten Krieg ausgeheckt haben, und ihr nächster Zug wird wahrscheinlich eine verdeckte Aktion sein, um die amerikanische Haltung durch Unternehmungen in den Vereinigten Staaten und in Südamerika zu beeinflussen. Wie können wir eine solch raffinierte Bedrohung bekämpfen? In Zusammenarbeit mit einer Regierung, die sich der Charakterstruktur des deutschen Volkes bewußt ist, werden unsere Meinungsmacher dazu in der Nachkriegsperiode genauso erforderlich sein wie es unsere Industriekapitäne und Arbeiter bei den Kriegsanstrengungen gewesen waren. Wenn wir nicht darauf vorbereitet sind, dem über die Grenzen hinausgreifenden deutschen Imperialismus entgegenzutreten, so werden alle Anstrengungen, ein mehr auf Zusammenarbeit bereites Deutschland zu schaffen, durch die Untergrundbewegung, wenn sie einsatzbereit ist, um aus dem Versteck herauszukommen, scheitern.

Schlußfolgerung und Zusammenfassung

Was immer für Maßnahmen wir vorhaben, so müssen sie bedacht werden in Beziehung zu ihrer Wirkung, die sie auf die Umwandlung des deutschen Volkes haben werden. Wir müssen uns die Deutschen als ein Volk vorstellen, dem seit vielen Generationen eine Lebensweise beigebracht worden ist, die einfach nicht funktioniert. Sie klappt nicht, da sie auf urzeitlichen und kindischen Atavismen im Denken nicht nur der Führung, sondern auch der Geführten beruht. Wir müssen begreifen und ihnen helfen zu begreifen, daß was wir 'Demokratie' nennen, ein System ist, das funktioniert, da es ein gefühlsmäßig ausgereiftes Ergebnis von Erfahrungen darstellt, und somit eine Umgebung schafft, in der sich ein besserer Charakter entwickelt; ganz im Gegensatz zu deutscher Lebensart und deutschen Auffassungen. Wir müssen diese Art von Dingen tun, die die Deutschen dazu bewegen, den demokratischen Geist des Gebens und Nehmens, der Diskussion, des gegenseitigen Anpassens und der Zusammenarbeit unter Gleichen zu entwickeln. Das bedeutet nicht, daß wir unseren eigenen besonderen Lebensstil den Deutschen auferlegen wollen. Es will bedeuten, daß wir helfen werden, Einstellungen zu schaffen, die für den Fortbestand einer friedlichen Welt wichtig sind." [6]

6) Übersetzung + Fettdruck H.J. Mischke.

Kommentar

Der hier vorgelegte Bericht über die Behandlung Nachkriegs-Deutschlands enthüllte nicht, wer das Joint Committee on Post-War Planning veranlaßt hatte und welchen Entscheidungsträgern er von wem als Empfehlung oder gar befohlene Richtlinie regierungsamtlich auf den Tisch gelegt worden ist. Kein Zweifel kann jedoch daran bestehen, daß sich in diesem Bericht die offizielle US-Regierungspolitik für Nachkriegs-Deutschland widerspiegelt, wie gleichermaßen mit einigen Variationen auch die Directive JCS-1067. Diese ist wahrscheinlich sogar eine Konkretisierung dieses Berichts, zumal JC für "Joint Committee" steht.

Die Pläne von **Prof. Earnest Hooton, Henry Morgenthau jr., Nathan Kaufmann, Louis Nizer** sowie das gesamte Denk- und Handlungsschema der US-Kriegspolitik und die nachfolgenden Besatzungsgesetze spiegeln sich ebenfalls hier in Teilen wieder.

Deutschland sollte erobert, das gesamte Volk "bestraft", "umgevolkt", "in seinem Charakter verändert", von "alliierten Meinungsmachern bearbeitet", "ständig kontrolliert" und an selbständigem Handeln gehindert werden. Es war eine Langzeit-, ja eine Endzeit-Planung!

Vieles, was mit diesem Ziel angesteuert wurde, blieb in dem JC-Bericht unerwähnt. Es wurde ergänzt durch andere Maßnahmen: z.B. den gewaltigen Gebietsraub der deutschen Ostprovinzen einschließlich brutalster Vertreibung der dort seit Jahrhunderten ansässigen Bevölkerung, Auslieferung nicht nur der ostdeutschen, sondern der gesamten osteuropäischen Bevölkerung an die mit den USA verbündeten und keiner charakterlichen Umerziehung für notwendig erachteten Bolschewisten, die alle humanitären und demokratischen Grundsätze mit Füßen traten. Ferner gehört dazu die Inkaufnahme und Beteiligung an Massenmorden in Millionenhöhe nach Kriegsende, Usurpierung jeglicher Rechtsgrundsätze, Verfälschung geschichtlicher Fakten und Dokumente, Steuerung einer langfristigen Invasion und Integration fremder Einwanderer in das besiegte und übervölkerte Land, dauerhafte Medien-, Informations- und Geheimdienstkontrolle sowie wirtschaftliche ebenso wie militärische Einbindung in abhängige Finanzimperien und Paktsysteme. So waren nicht nur ständige deutsche Zahlungen gesichert, sondern auch Beteiligungen an fremdvölkischen Kriegen.

Man hätte die unwahrscheinlich zahlreichen Verzahnungen und Auswirkungen auf das Schicksal von Millionen Menschen hinzuzufügen, die sich zwangsläufig aus dem genannten oktroyierten Korsettgestänge ergeben; -- begonnen zu einer Zeit, als in Auswirkung der bedingungslosen Kapitulation 15 Millionen Deutsche aus den deutschen Ostprovinzen zwangsvertrieben wurden, als nahezu die gesamte männliche deutsche Bevölkerung entweder in den "Automatischen Arrest" oder als Kriegsgefangene jahrelang in "Sklavenarbeit" verbannt oder zu Tode gehungert wurden, als auch Hunderttausenden von Frauen ein grauenhaftes Schicksal bereitet wurde, als der Krieg der westlichen "zivilisierten Staaten" und der "friedliebenden Sowjetunion" mit vielfältigsten "anderen Mitteln fortgeführt" wurde.

Die Volksverdummungssprüche von der "Befreiung", "Demokratisierung", "Souveränität" sollten unkonforme historische Zusammenhänge überblenden und den Kontrast zur "verbrecherischen Vergangenheit des Täter-Volkes", der "nur dort" zu findenden "Diktatur" und "Gewaltherrschaft" als "Erbsünde" verankern. Die alliierten Kriegsziele, die die Alliierten selbst als "so fürchterlich" empfanden, daß sie diese während des Krieges gar nicht wagten bekanntzumachen, sollten die Überlebenden des deutschen Volkes nun als Ziele zur "Befreiung feiern" lernen.[7]

Dem Einsatz weltweiter Machtmittel konnte das besiegte deutsche Volk nichts entgegenstellen, mit Anpassung und Fleiß indessen eine respektable Wirtschaft wieder aufbauen. So hat sich der unverändert gebliebene "Volkscharakter" sogar in einer Zeit totaler politischer Entmündigung und Fremdbeherrschung erhalten.

Die vorgenannten US-Psychologen, **die in Wirklichkeit Herrenrassenwahn praktizierten,** hatten es nicht nötig, auch nur einen Historiker heranzuziehen. In ihren vergangenheitsbezogenen Sprüchen hinterließen sie nur wüstes Propagandagefasel und bewiesen damit allenfalls, daß sie dem deutschen Volk gar keinen Volkswillen zugestanden. Sie gingen noch weit darüber hinaus, indem sie den Volkscharakter verändern wollten. Ihr angeblicher "Einsatz für die Demokratie" war somit reine Heuchelei!

Von Souveränität eines Volkes kann erst dann gesprochen werden,

wenn es befreit ist von "Rechtsgrundsätzen" und Vertragsverpflichtungen, welche Siegerstaaten dem zur bedingungslosen Kapitulation gezwungenen Volk auferlegt haben;

wenn es befreit ist von Personengruppen und deren wirtschaftlichen Fundamenten, die ihren "gesellschaftlichen" Einfluß dem Vollzug militärischer Macht der Sieger verdanken;

wenn es befreit ist von den Dokumenten- und Geschichtsfälschungen, der Propaganda, mit denen die Sieger das Volk entgegen historischer Faktenlage zum Schuldigen an Krieg und Verbrechen erklärt haben und diskriminiert halten.

Wie grotesk die Situation des deutschen Volkes nach 1945 ist, läßt sich kaum deutlicher als durch den Kontrast kennzeichnen, daß die offizielle Sprachregelung auf "volle

---

7) Winston Churchill, "Der Zweite Weltkrieg", 4. Buch, Bd. 2 "Die Befreiung Afrikas" S. 316; vergl. Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 335.

Souveränität", "Volkswillen und Demokratie", "Rechtsstaatlichkeit", "Volksparteien" abgerichtet ist, während gleichzeitig hohe und höchste Gerichte im Zusammenwirken mit Regierung und Staatsanwaltschaften wissenschaftliche Literatur und damit Beweismittel beschlagnahmen und vernichten lassen, weil ihnen ihre zugunsten des eigenen Volkes aussagenden Ergebnisse offensichtlich nicht erlaubt sind.

Als "Krönung" dieses Verhaltens dürfte die Gefängnishaft des unbescholtenen Historikers Dipl.-Pol. **Udo Walendy** seiner wissenschaftlich-historischen Arbeiten wegen sein für das, was er gar nicht geschrieben hat, aber auch der ihm auferlegte Gewerbeentzug mit der schriftlichen Begründung des Oberkreisdirektors Herford:

"*Er* [Walendy] ***habe versucht, die den Deutschen angelasteten Taten aufzuarbeiten und das deutsche Volk von der ihm auferlegten »Erbsünde« zu befreien***".[8]

Hier hat also jemand dem deutschen Volk eine »Erbsünde auferlegt«! "Demokratisch gewählte" Parteifunktionäre und ihre Vollzugsorgane, die den Amtseid geleistet haben, "*den Nutzen des Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden*", mobilisieren ihre Strafjustiz gegen jeden, der es wagt, von seinen Grundrechten auf Meinungs-, Lehr-, Wissenschafts- und Informationsfreiheit in einer Weise Gebrauch zu machen, Recht, Wahrheit und Gleichberechtigung für sein Volk zu fordern und nachzuweisen.





Gefangene Männer der Leibstandarte vor und nach dem Verhör durch US-Truppen
Herbert Walther, "Divisionen der Waffen-SS im Einsatz 1940 - 1945" Friedberg 1993, S. 199.



"Der französische General Ledere verhört am 8. Mai 1945 zwölf kriegsgefangene französische Angehörige der Waffen-SS bei Bad Reichenhall, die er anschließend erschießen läßt."
"Männer der Waffen-SS -- Leistungen Taten", Rosenheim 1996, o. Verf., S. 289.

Während US-Präsident **F.D. Roosevelt** auf der Jalta-Konferenz am 4.2.1945 erklärte,

"***Er sei daher blutdürstiger hinsichtlich der Deutschen als noch vor Jahresfrist. Und so hoffe er, daß Marschall Stalin wiederum einen Trinkspruch auf die Hinrichtung von 50.000 Offizieren der deutschen Armee ausbringen werde,***" [9]

propagierten seine von ihm geförderten "Friedensliga"-Freunde wie **Theodore Nathan Kaufmann, Louis Nizer, Prof. Earnest Hooton** und viele andere die mörderische Dezimierung, wenn nicht gar weitgehende Ausmordung des deutschen Volkes. Hieran beteiligte sich **Raimund Preetzel alias Sebastian Haffner**, der sich auch im Nachkriegsdeutschland als maßgebender "Meinungsmacher" hervortat. In der Londoner Monatszeitschrift ***World Review*** vom August 1942 (vergl. ***HT*** Nr. 27 S. 17) forderte er die Liquidierung von 500.000 jungen SS-Männern. Der Oberkommandierende der US-Streitkräfte in Europa und spätere US-Präsident **Dwight D. Eisenhower** setzte sein Programm nach Kriegsende um, indem er rund 1 Million deutsche Kriegsgefangene grausam verhungern ließ. (Vergl. ***HT*** Nr. 41 S. 29 f)

8) ***Historische Tatsachen (HT)*** Nr. 69, 72, 73, 74, 77 speziell S. 38, + Nr. 81.
9) Die Jalta Dokumente, Göttingen 1956, S. 55.

"Befreier" fordern Volksmord

Ein Sachkenner der US-Diplomatie berichtete:

*"Ein US-Marine-Offizier namens **Ralph Bard**, der in Jalta dabeigewesen war, teilte dem amerikanischen Hauptankläger der »Hauptkriegsverbrecher« in Nürnberg, **Robert N. Jackson**, vertraulich mit, die Russen hätten ernsthaft vorgeschlagen, Millionen von deutschen Männern nach einer Sterilisierung in die Sowjetunion zu deportieren, während die Frauen den Russen zur Verfügung stehen sollten. Dies war offensichtlich mit **Morgenthau** zuvor abgestimmt worden, der auch offen erklärt hatte, um den Preis der Freiheit müßte man eventuell auch den Tod von 30 Millionen Deutschen durch Verhungern in Kaufnehmen ...* [10) S. 18]

*Der letzte Rechtsberater Roosevelt's, **Samuel Rosenman**, gab dem ungläubigen Richter Jackson gegenüber zu, die Deutschen hätten nach **Roosevelt**'s Ansicht eine derartige Strafe verdient. Der Präsident habe sogar ernsthaft erwogen, ob man nicht sogar das ganze deutsche Volk sterilisieren sollte. Als Richter Jackson das nicht glauben wollte, sondern es offenbar für einen schlechten Scherz hielt, schilderte Rosenman dem Weltverbesserer Jackson, der sich damals auf seine »Mission« in Nürnberg vorbereitete, Roosevelt habe sogar amüsiert die Skizze einer Maschine angefertigt, mit der die Operation der Sterilisierung massenweise hätte durchgeführt werden können..* [10) S. 19]

*Auf den Vorschlag einer Internationalisierung der Ruhr antwortete **Morgenthau** am 4.9.1944:*

»Das einzige, für das ich meinen Namen hergebe, ist die völlige Stillegung der Ruhr. Was aus den Deutschen wird, ist mir egal. Ich würde jedes Bergwerk, jede Fabrik zerstören. Ich bin dafür, daß das alles erst einmal vernichtet wird. Dann können wir uns über die Bevölkerung den Kopf zerbrechen.«

Er schlug dem Präsidenten vor, Pioniere sollten in jedes Stahlwerk, in jede Zeche, in jede chemische Fabrik, in jede Raffinerie gehen, Dynamit legen, die Hydranten öffnen, alles unter Wasser setzen und sprengen. Aus der Ruhr sollte, so Morgenthau zu seinen Mitarbeitern, eine »Gespensterlandschaft« werden." [10) S. 49]

Das Ausmaß des Schreckens und Grauens ist für niemanden nachvollziehbar, der die von der Roten Armee und unter ihrem Schutz vor allem den tschechischen, polnischen und jugoslawischen Partisanen und Mittätern mit offiziellen Befehlen verübten Massenmorde und Vertreibungsverbrechen bei ihrem Sturmangriff auf Ost- und Südosteuropa zu beschreiben versucht. Ausgemordete Dörfer, mit Panzern überrollte Trecks zur eisigen Winterzeit ab Januar 1945, Massenvergewaltigungen und Erschießungen von Frauen, kollektives Töten auch von Kindern, Greisen, Wehrlosen ohne Ausnahme noch nach Kriegsende, eine Blutspur von 3,28 Millionen Ermordeten, dazu die Vertreibung und Zwangsdeportation von 15 Millionen Deutschen, auch unzähliger deutscher Frauen in die Weiten Rußlands mit einer gewaltigen Zahl von Todesfolgen, -- diese Bilanz sprengt jedwede Vorstellungskraft eines zivilisierten Menschen. Die mutwillige Zerstörung von Dörfern und Städten sowie die Schaffung von Hunger-Todeslagern mit Hunderttausenden von Opfern nach Ende der Kampfhandlungen, der Raub großer Provinzen sind noch hinzuzurechnen.

Hans-Edgar Jahn verwies in seinem Buch "Pommersche Passion" auf die gnadenlosen Haßbefehle der Sowjets vom Herbst 1944:

Die sowjetische Soldatenzeitung ***Bojewaja Trewoga*** (*"Gefechtsalarm"*) vom 20.10.1944:

"Erzittere Deutschland! ... Erzittere verfluchtes Deutschland! Wir werden Dich mit Feuer und Schwert durchziehen und in Deinem Herzen den letzten Deutschen, der russischen Boden betreten hatte, erstechen."

Kriegsrat und Politische Verwaltung der 3. weißrussischen Front erließen am 25.10.1944 folgenden Aufruf:

"... Vorwärts Sieger! Möge das deutsche Land, welches den faschistischen Auswurf gezeugt hat, unter Eurem dröhnenden Tritt erzittern! Möge der blutrünstige verhaßte Feind, der uns so viel Leid und Qualen zugefügt hat, erzittern und in den Strömen seines schwarzen Blutes ertrinken."

Zu Beginn der Offensive gegen Ostpreußen hieß es in einem Aufruf an die sowjetische Luftwaffe:

"Die Rote Armee ist zur Offensive angetreten, um den Befehl des Genossen Stalin zu erfüllen und der deutschen Bestie den Todesstoß in ihrer Höhle zu versetzen. ... Mit glühendem Haß im Herzen betreten wir das Land des verhaßten Feindes. Wir kommen als Richter und Rächer. Der Feind muß ohne Gnade vernichtet werden. ... das befiehlt die Heimat.

Die Führung"

Überläufer brachten den Befehl des Obersten Befehlshabers Stalin Nr. 220 vom 7. November 1944 über die deutschen Linien. In ihm hieß es u.a.:

" ... Die Einkesselung Hitlerdeutschlands wird zu Ende geführt. Die Höhle der faschistischen Bestie ist von allen

10) Hanns D. Ahrens, "Demontage -- Nachkriegspolitik der Alliierten", München 1982, Universitas Verlag.

11) Hans-Edgar Jahn, "Pommersche Passion", Preetz 1964, S. 11 - 14, 23, 27.
12) *Historische Tatsachen (HT) Nr.* 27, S. 3- 6; *HT* Nr. 48, S. 5 - 8.

Seiten umstellt, und keine List des Feindes wird sie vor der unausbleiblichen vollständigen Zertrümmerung retten.

Die Rote Armee und die Armeen unserer Verbündeten haben die Ausgangsstellungen zum entscheidenden Vormarsch in die Lebenszentren Deutschlands bezogen. ..." [11]

Bei gefallenen Rotarmisten werden Aufrufe **Ilja Ehrenburgs** gefunden wie dieser, der schon den Vorgaben der ***Prawda*** vom 24. Juli 1942 entsprach:

"Jetzt gibt es keine Bücher, keine Liebe, keine Sterne, außer dem einzigen Gedanken: Die Deutschen zu töten, sie alle zu töten, zu vergraben. Dann erst werden wir schlafen gehen. Dann werden wir uns erinnern an das Leben, an Bücher, an Mädchen, an Glück. Jetzt aber -- kämpfen wir wie die Verrückten, leben wie die Fanatiker. Wir sagen nicht mehr guten Morgen und gute Nacht. Wir sagen am Morgen »Tötet den Deutschen« und in der Nacht »Tötet den Deutschen«. ...

Brecht mit Gewalt den Rassenhochmut der germanischen Frauen! Nehmt sie als rechtmäßige Beute! Tötet, Ihr tapferen, vorwärtsstürmenden Rotarmisten, tötet." [11]

Hans-Edgar Jahn, den Ruhe und Schlaf verließen, als er das Studium dieser Dokumente begann und in das Antlitz seiner Mutter blickte, die das alles miterlebte und die von Schrecken, wie Millionen Mütter, seelisch zerrüttet blieb, skizzierte die Lage mit den Worten:

"Der kleine Iwan wußte zu gehorchen, und er tötete »das faschistische Tier«, wie man Tiere tötet. Er verwandelte Ostdeutschland in ein einziges großes Schlachthaus." [11]

Ist auf die Tötungsaufrufe des sowjet-jüdischen Chefpropagandisten **Ilja Ehrenburg** in den ***HT*** schon mehrfach hingewiesen worden, auch schon auf Tagesbefehle sowjetischer Marschälle mit Haßtiraden zur Ausmordung aller Deutschen[12], so seien sie hier zur Vervollständigung der historischen Dokumentation ergänzt. Können sie auch nicht das gesamte Spektrum der Haßpropaganda wiedergeben, mit der die Menschen im sowjetischen Machtbereich, speziell auch die Rotarmisten, täglich überflutet wurden, so konzentrieren sie doch die offizielle Mißachtung jeglicher Moralgrundsätze aller für den Bolschewismus Tätigen. Sie kennzeichnen aber auch diejenigen, die sich mit einem solchen System, das schon vor Kriegsbeginn 1939 über 40 Millionen politische Morde verübt und auch allen anderen Staaten der Welt die Vernichtung angedroht hatte, solidarisiert, ihre Propaganda und geistige Grundhaltung mit den Bolschewisten weitgehend gleichgeschaltet, und damit den Boden der internationalen Moral gleichermaßen verlassen haben.

Tagesbefehl des sowjetischen Marschalls Georgi K. Schukow vom 12. Januar 1945:[13]

"Tod den deutschen Okkupanten!

Tagesbefehl

des Marschalls der S.U. Shukow zum Beginn der Januar-Offensive

An die Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere und Generäle der Truppen der 1. Weißrussischen Front.

Kampfgefährten!

Die große Stunde hat geschlagen! Die Zeit ist gekommen, dem Feind den letzten, entscheidenden Schlag zu versetzen und die historische Aufgabe zu erfüllen, welche vom Genossen Stalin gestellt wurde: dem faschistischen Tier in seiner eigenen Höhle den Garaus zu machen und über Berlin die Siegesfahne zu hissen!

Die Zeit ist gekommen, mit den deutsch-faschistischen Halunken abzurechnen. Groß und brennend ist unser Haß! Wir haben die Qual und das Leid nicht vergessen, welche von den Hitlerischen Menschenfressern unserem Volke zugefügt wurden. Wir haben unsere niedergebrannten Städte und Dörfer nicht vergessen. Wir gedenken unserer Brüder und Schwestern, unserer Mütter und Väter, unserer Frauen und Kinder, die von den Deutschen zu Tode gequält wurden. Wir werden uns rächen für die in den Teufelsöfen Verbrannten, für die in den Gaskammern Erstickten, für alle Erschossenen und Gemarterten. Wir werden uns grausam rächen für alles.

Wir gehen nach Deutschland, und hinter uns liegen Stalingrad, die Ukraine und Weißrußland; wir gehen durch die Asche unserer Städte und Dörfer, auf den Blutspuren unserer Sowjetmenschen, die zu Tode gequält und zerfetzt wurden vom faschistischen Getier.

Wehe dem Lande der Mörder!

Nichts wird uns jetzt aufhalten!

Wir haben unseren zugrundegegangenen Freunden, wir haben unseren Kindern gelobt, die Waffen nicht niederzulegen, bevor die Missetäter erledigt sind. Für den Tod, für das Blut unseres Sowjetvolkes sollen die faschistischen Räuber mit der vielfachen Menge ihres gemeinen schwarzen Blutes bezahlen.

Die Zeit ist gekommen, Genossen, Millionen unserer Sowjetmenschen, die mit Gewalt von den faschistischen Unterdrückern zur Zwangsarbeit vertrieben wurden, aus der deutschen Sklaverei zu befreien. Ihnen droht Lebensgefahr, und je eher wir in Deutschland sind, um so mehr von ihnen können wir noch retten. Gleichzeitig werden wir unseren Brüdern, den Polen, den Tschechen und anderen unterdrückten Völkern Europas helfen, die Ketten der deutschen Sklaverei abzuwerfen. Indem wir das faschistische Getier vernichten, erfüllen wir bis zum Ende auch unsere Rolle als Befreiungsarmee.

Der Krieg kann nicht beendet werden, solange in der deutschen Sklaverei noch Sowjetmenschen schmachten, solange das faschistische Räubernest nicht endgültig zerschlagen ist.

Genossen!

Uns steht die Überwindung erbitterten feindlichen Widerstands bevor. Eingeklemmt in die Schraubzwinge zweier Fronten zwischen uns und unseren Verbündeten, wird der Feind mit der Verzweiflung des zu Tode Verurteilten Widerstand leisten. Für uns ist es aber nichts Neues, den Deutschen zu schlagen. Die Truppen unserer Front haben ihn bei Stalingrad und Kursk, am Dnjepr und in Weißrußland, an der Weichsel und am Narew geschlagen. Wir haben ihn auch schon damals geschlagen, als er mit seinen Helfershelfern, den Ungarn und

Finnen, den Rumänen und Bulgaren vorging. Jetzt wenden sie alle, nachdem sie von der Roten Armee eine harte Lehre bekommen haben, ihre Waffen gegen die Deutschen. Der Deutsche ist jetzt allein, wie ein gehetztes Tier. Wir haben den Deutschen schon damals geschlagen, als wir noch allein kämpften, jetzt aber schlagen ihn mit uns zusammen auch die Amerikaner und Engländer, die Franzosen und Belgier.

Diesmal werden wir das deutsche Gezücht endgültig zerschlagen!

Ruhmreiche und kühne Kämpfer unserer Front!

Um diese Aufgabe zu lösen, muß jeder von uns auf dem Kampffeld tapfer, kühn, mutig, entschlossen und heroisch sein. Wir sind verpflichtet, so zu handeln, wie es Genosse Stalin von uns fordert: 'Durch geschickte Kombination von Feuer und Bewegung, die feindliche Verteidigung in ihrer ganzen Tiefe aufzubrechen, dem Feind keine Ruhepause zu geben, rechtzeitig die Versuche des Feindes zu liquidieren, durch Gegenangriffe unseren Angriff aufzuhalten, die Verfolgung des Feindes geschickt zu organisieren, ihn daran zu hindern, seine schweren Waffen mitzunehmen, durch kühne Manöver die Flanken des Feindes zu erfassen, in seinen Rücken zu stoßen, ihn einzuschließen, aufzusplittern und zu vernichten.'

Dafür, liebe Genossen, haben wir alles, was nötig ist!

Wir sind stärker als der Feind. Unsere Kanonen, Flugzeuge und Panzer sind besser als die deutschen, und wir haben mehr davon als der Feind. Diese erstklassige Ausrüstung hat uns unser Volk gegeben, das durch seine heroische Arbeitsleistung unsere Siege sicherstellt.

Wir sind stärker als der Feind, weil wir für die gerechte Sache kämpfen, gegen Sklaverei und Unterdrückung. Wir werden erzogen, organisiert und zum Heroismus begeistert von unserer Partei Lenins-Stalins, der Partei des Sieges.

Wir sind stärker als der Feind durch die Weisheit unseres Oberbefehlshabers, des Marschalls der Sowjetunion, Genossen Stalin, der den Kampf unseres Volkes und der Roten Armee leitet. Wir aber wissen: Stalin ist mit uns -- der Sieg ist mit uns.

Unser Ziel ist klar. Die Tage Hitler-Deutschlands sind gezählt. Die Schlüssel zum Sieg sind in unserer Hand.

Auf zum letzten und entscheidenden Kampf, ruhmreiche Recken!

Durch heroische Taten werden wir den Ruhm unserer Kampfbanner, den Ruhm unserer Roten Armee steigern!

Für unser sowjetisches Vaterland, für unser heroisches Volk, für unseren geliebten Stalin -- vorwärts Kampfgefährten!

Tod den deutschen Eroberern! Es lebe der Sieg!

OB der Truppen der 1. Weißruss. Front
Marschall der Sowjetunion
G. Schukow
Mitglieder des Kriegsrates der 1. Weißruss. Front
Generalleutnant Telegin
Generaloberst d. Art. Kasakow
Generaloberst d. Flieger
Rudenko
Chef des Stabes der Front
Generaloberst Malinia
Januar 1945" [13 a)]



"Marschall Schukow -- Lebensweg über Leichen, Kriegstreiber Stalins, »Befreier« von Berlin, Held der Sowjetunion", so lautet der Buchtitel von Viktor Suworow (Selent 2002) über diesen hochdekorierten Sowjetmarschall. Es waren nicht nur deutsche Leichen gemeint, sondern zu Tausenden auch russische. Nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht wurde Schukow Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in Mitteldeutschland und Leiter der Militärverwaltung in der SBZ.

"Er stahl, plünderte Deutschland aus, Gemälde galerieweise, Möbel eisenbahnzugweise, wertvolle Bücher in ganzen Bibliotheken." (S. 280)

"In der Roten Armee stand Grausamkeit hoch im Kurs. ... Schukows Brutalität allerdings ging über die Grenzen des Erwünschten hinaus." (S. 13)

"Ganz am Ende ihrer Geschichte stand die Sowjetunion ohne Helden da. Es zeigt sich, daß die Führer des Landes -- ausnahmslos alle -- eine Bande von Kriminellen und Halunken waren." (S. 5)

Die Sowjets hatten in dieser Mordorgie ihre Verbündeten nicht nur in Osteuropa, sondern auch im Westen -- bei den Bombergeschwadern und dem Menschenvernichtungsclan von **F.D. Roosevelt, Henry Morgenthau** bis General **Dwight D. Eisenhower**, so vor allem bei **Winston Churchill und seinen Leuten** sowie **Eduard Benesch.**

Menachim Begin, 1940/41 von den Sowjets nach Sibirien verschleppt, 1942 Führer der terroristischen Geheimorganisation Irgun Zwai Leumi in Palästina, von den Engländern mit Steckbrief als Massenmörder gesucht, 1977 - 1983 Premierminister Israels, Friedensnobelpreisträger, trug jahrelang den von vielen seiner Landsleute mitgepflegten Haß auch bzw. vor allem gegen die Deutschen in

13) in *HT* Nr. 48 , S. 5 - 7 war bereits darauf Bezug genommen, jedoch nicht im Wortlaut zitiert worden.

13 a) Fritz Becker, "Stalins Blutspur durch Europa -- Partner des Westens 1933 - 1945" Kiel 1995, S. 264 - 266.
Joachim Hoffmann, "Stalins Vernichtungskrieg 1941 - 1945", München 1995, S. 260 - 261. Ab S. 258 auch analoge Aufrufe zahlreicher anderer sowjetischer Kommandeure.
Prof. Dr. Herbert Michaelis + Prof. Dr. Ernst Schraepler (Hrsg.), "Ursachen und Folgen -- Vom deutschen Zusammenbruch 1918 + 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart", Berlin 1975, Bd. 22, S. 390 ff.

sich. Er ist ein Beispiel für jene, die unentwegt Streit suchten und Politik mit Hetze gleichsetzten.

Am 7.1.1952 rief **Menachim Begin** vor aufgeputschter Menschenmenge in Jerusalem aus:

> *"Es gibt keinen Deutschen, der nicht unsere Eltern umgebracht hat. Jeder Deutsche ist ein Nazi. Jeder Deutsche ist ein Mörder. Adenauer ist ein Mörder."* [14)]

Ungehemmte Haßagitation, pauschal, ohne jegliche Begründung. Sie war und ist bei diesen Leuten seit 1918/1919 üblich, zumindest seit dieser Zeit mit weltgeschichtlich dramatischen Auswirkungen. Unter dem Schutz der ihnen bebegünstigt gewährten Meinungsfreiheit sorgten sie mit Heilige-Krieger-Parolen für unentwegten Unfrieden bis hin zu blutigem Terror.



Die beiden Hauptverantwortlichen der US-Politik für Krieg und Friedensbedingungen: Präsident F.D. Roosevelt (lks.) und sein Finanzminister Henry Morgenthau jr. Sie können über ihr Scenario noch grinsen.

Anweisung 1945 für die Re-education

What to do with Germany. 1945. Distributed by Special Service Division, Army Service Forces, U. S. Army. Not for Sale.

"Die Re-education wird für Alt und Jung gleichermaßen erzwungen und sie darf sich nicht auf das Klassenzimmer beschränken. Die gewaltige überzeugende Kraft dramatischer Darstellung muß voll in ihren Dienst gestellt werden. Filme können hier ihre vollste Reife erreichen. Die größten Schriftsteller, Produzenten und Stars werden unter Anleitung der »Internationalen Universität« die bodenlose Bosheit des Nazismus dramatisieren und dem gegenüber die Schönheit und Einfalt eines Deutschlands loben, das sich nicht länger mit Schießen und Marschieren befaßt. Sie werden damit beauftragt, ein anziehendes Bild der Demokratie darzustellen, und der Rundfunk wird sowohl durch Unterhaltung wie auch durch ungetarnte Vorträge in die Häuser selbst eindringen. Die Autoren, Dramatiker, Herausgeber und Verleger müssen sich der laufenden Prüfung durch die »Internationale Universität« unterwerfen; denn sie sind alle Erzieher. Von Beginn an sollen alle nichtdemokratischen Veröffentlichungen unterbunden werden. Erst nachdem das deutsche Denken Gelegenheit hatte, in den neuen Idealen gestärkt zu werden, können auch gegenteilige Ansichten zugelassen werden, im Vertrauen darauf, daß der Virus keinen Boden mehr findet; dadurch wird größere Immunität für die Zukunft erreicht.

Der Umerziehungs-Prozeß muß ganz Deutschland durchdringen und bedecken. Auch die Arbeiter sollen im Verlauf von Freizeiten vereinfachte Lehrstunden in Demokratie erhalten. Sommeraufenthalte und Volksbildungsmöglichkeiten müssen dabei Hilfestellung leisten.

Viele deutsche Gefangene werden nach Kriegsende in Rußland bleiben, nicht freiwillig, sondern weil die Russen sie als Arbeiter brauchen. Das ist nicht nur vollkommen legal, sondern beugt auch der Gefahr vor, daß die zurückkehrenden Kriegsgefangenen zum Kern einer neuen nationalen Bewegung werden. Wenn wir selbst die deutschen Gefangenen nach dem Krieg nicht behalten wollen, sollten wir sie nichtsdestoweniger nach Rußland senden.

Die »Internationale Universität« ist am besten dazu geeignet, die Einzelheiten des deutschen Erziehungswesens, der Lehrpläne, der Schulen, der Auswahl der Lehrer und der Lehrbücher, kurz: alle pädagogischen Angelegenheiten zu regeln. Wir brauchen ein »High Command« für die offensive Re-education. Besonders begabte deutsche Schüler erhalten Gelegenheit zur Fortbildung an unseren Schulen; sie werden als Lehrer nach Deutschland zurückkehren und eine neue kulturelle Tradition, verbunden mit internationalem Bürgersinn, begründen.

Die Professoren sollen nach Möglichkeit deutsche Liberale und Demokraten sein. Das Eindringen von »Fremden« könnte aufreizend wirken und muß auf ein Minimum beschränkt werden; aber das darf nicht dazu führen, daß uns die Kontrolle verloren geht.

Jedes nur denkbare Mittel geistiger Beeinflussung im Sinn demokratischer Kultur muß in den Dienst der Re-education gestellt werden. Die Aufgaben der Kirchen, der Kinos, der Theater, des Rundfunks, der Presse und der Gewerkschaften sind dabei vorgezeichnet.

Die Re-education tritt an Stelle des Wehrdienstes, und jeder Deutsche wird ihr zwangsläufig unterworfen, so wie früher der gesetzlichen Wehrpflicht.

Uns ist die Aufgabe zugefallen, Frieden und Freiheit zu retten; Jene Freiheit, die am Berg Sinai geboren, in Bethlehem in die Wiege gelegt, deren kränkliche Kindheit in Rom, deren frühe Jugend in England verbracht wurde, deren eiserner Schulmeister Frankreich war, die ihr junges Mannesalter in den Vereinigten Staaten erlebte und die, wenn wir unser Teil dazu tun, bestimmt ist zu leben — all over the world!"

»Das Re-education-Programm wurde in begeisterter Zustimmung unterschrieben von US-Präsident Truman, seinem Stellvertreter Wallace, außerdem, von Nelson, Wichell, Rickenbacker, Sigrid Undset, Rey Stout, Clifton Fadiman, den Senatoren Burton, Pepper, Capper, Joh. Scheel, Lowell Thomas, Gabriel Heatter, James W. Gerard, Lord Vansittart, Maurice Maeterlinck, Sommerset Maugham, Louis Bromfield, Dean Alfange, Fancie Hurst, Cecil Roberts, Henry Bernstein, Dr. Alvin Johnson, Dr. William Neilson, Gen. Marcel de Baer, Daniel A. Poling, Wallace Deuel, Paul Jordan-Smith, Burnet Hershey, Hugh Cowdin, Edgar Ansel Mowrer, Edwin H. Blanchard, J. H. Jackson, Dr. Melchior Polyi, H. R. Burke und vielen anderen Vertretern des »amerikanischen Geistes«." [15)]

---

14) Michael Wolffsohn, "Ewige Schuld? -- 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen", München 1988 (Serie Piper), S. 113.

15) *Unabhängige Nachrichten*, 2/2000, S. 8. -- Postfach 101706, 46017 Oberhausen.

Von totaler Unterwerfung zur Souveränität der uneingeschränkten Solidarität

Nach "der Stunde 0" bei totaler Rechtlosigkeit des Volkes waren nur noch Sieger und Kollaborateure gefragt und geduldet, -- im Westen nicht anders als im Osten. Mochten sich mit der Zeit auch die Kriegsfolgeverhältnisse geändert haben, neue Generationen herangewachsen sein, so blieb doch der imperiale Durchsetzungswille mit immer intensiverer Kollaboration. Die erzwungene Zusammenarbeit mutierte zur "*Souveränität der uneingeschränkten Solidarität*" (Standardfloskel von Bundeskanzler **Gerhard Schröder** seit dem 11. September 2001). Dabei hatte sich am Grundsätzlichen kaum etwas geändert: gleichgeschaltete Interessenausrichtung, Rechts- und Geschichtsauffassung, internationale Vernetzung aller Politik-, Medien- und Wirtschaftsbereiche -- vielfach in unübersichtlich privatrechtlicher Firmierung (zur Verdeckung von Monopolstrukturen?) --, Paktsysteme und schließlich staatsübergreifende Währung komplettieren die Abhängigkeit aller "Souveräne".

Obgleich die Bürger turnusmäßig die Möglichkeit erhalten, ihre Stimme abzugeben, bleiben ihnen Alternativen in Grundsatzfragen vorenthalten, stehen ihnen doch nur Personen und Parteien mit genehmigter Meinung zur Wahl.

Wenn auch hiermit ein durchaus anerkennenswerter Wohlstand, Freizügigkeit und ein Freiheitsbereich für den fügsamen, an Arbeit, Nahrung, Verdienst, Privatbesitz und Urlaub Interessierten erzielt worden ist, blieb das Leben eingebettet in das globale Unrecht, mit dem die Deutschen -- singulär in der Weltgeschichte! -- als "Täter-Volk" gebrandmarkt worden sind. Sie haben sich fremder Politik, fremder Rechtsetzung, fremden Lügen, dem Raub ihrer Ostprovinzen und unentwegten Sühneverpflichtungen widerspruchslos zu fügen.

Vom Ausland hereingeführtes Personal und oktroyierte Gesetze -- einschließlich der Amnestiegesetze für ausländische Täter --, darauf ausgerichtete Verfolgungsbehörden und Richter, international koordinierte Geschichtsschreibung und Schulrichtlinien, Einwanderung und Sozialversorgung Fremder stabilisierten die neue Machtelite.

Die "DDR", die ihre Gesamtbevölkerung in ein großes Konzentrationslager mit Stacheldraht, Todesstreifen und Mauer eingepfercht hatte, feierte den 8. Mai als "Tag der Befreiung" bereits seit Beginn ihrer Herrschaft staatsamtlich. Ihre Gesinnungshelfer im Westen zögerten diesen offiziellen Bekenntnisritus bis zum allmählichen Ausschalten der Erlebnisgeneration hinaus. Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** aetzte mit seiner Rede am 8. Mai 1985 vor dem Bundestag unter Verwendung absurder Geschichtslügen amtlich den Anfang.

Wer die sich 1945 - 1947 über Ost- und Mitteldeutschland ergießenden Mordorgien erlebt oder auch nur von ihnen Kenntnis erlangt hat und die anschließenden (vorwiegend) sowjetischen Herrschaftsmethoden mit Hungertod, Enteignung, Entrechtung, Deportation, Rachejustiz, unmenschlicher Kerkerhaft mit Millionen Opfern in "Friedenszeiten" als Alltagserscheinung serviert bekommen hat, dem fehlen die Worte für "Befreiungs"-Zeremonien und diesbezügliche "Bekenntnisrituale". So z.B. neben vielen anderen auch jenes, das der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und spätere Bundesinnenminister **Otto Schily** am 13.3.1997 unter dem Beifall des Bundestages zelebrierte, als er die deutsche Wehrmacht als eine "*zu einem Vernichtungskrieg*" ausgerückte, "*die Gaskammern verteidigende Armee eines Verbrechers*" bezeichnete und den "*gerechten Kampf der sowjetischen Partisanen*" rühmte.

Während Geld in Millionenhöhe für die Pflege ungezählter sowjetischer Denkmäler auf deutschem Boden bereitgestellt wird, haben die Russen längst ihre eigenen **Stalin-, Lenin-, Dserschinskij-, Kalinin-, Kaganowitsch-** und sonstigen bolschewistischen Monumente geschleift, Städtenamen bolschewistischer Koryphäen bis auf Kaliningrad (das deutsche Königsberg) umbenannt, von der Sowjetjustiz verurteilte deutsche Soldaten und Offiziere zu Tausenden rehabilitiert und weitere, bisher gar nicht bekanntgewesene Massenverbrechen des "Genossen Stalin" eingestanden.

Außerdem mußten die bundesdeutschen Vergangenheitsbewältiger -- die in Wirklichkeit gar nichts bewältigten, sondern sich auf Daueranklagen des eigenen Volkes beschränkten und jede Revision des Geschichtsbildes bekämpften -- längst zur Kenntnis genommen haben:

1.) Seit 1917 ist das zur Weltrevolution angetretene aggressive und diktatorische Sowjetsystem bekannt, seit Jahrzehnten die Kriegsschuld der polnischen, britischen und US-Regierung nachgewiesen.

2.) Spätestens seit Veröffentlichung der umwälzenden Arbeiten des russischen Generalstabsoffiziers **Viktor Suworow** ist **Stalins** Entschluß vom 19. August 1939 zur Auslösung seines langfristig vorbereiteten Eroberungs- und

16) Viktor Suworow, "Der Eisbrecher", Stuttgart 1989, "Der Tag >M<", Stuttgart 1995.

Massenvernichtungskrieges gegen Europa aufgedeckt worden.[16] Vierzehn Tage vor Kriegsbeginn ließ er seinen Plan unter Täuschung aller seiner Partner intensiv und "unumkehrbar" anlaufen.

Die fehlende Würde und Selbstachtung, die Unterdrükkung der historischen Wahrheit bei gleichzeitiger Pflege von Propagandalügen zum Nachteil des deutschen Volkes, wie sie sich in allen Bereichen der bundesdeutschen Politik wiederspiegelt, kennzeichnen Satrapen fremden Willens.

Neue historische Erkenntnisse rechtfertigten mehr und mehr bisher niedergeknüppelte deutsche Positionen und offenbarten die Unglaubwürdigkeit der selbsternannten "Anständigen". Anstatt sich der Sachauseinandersetzung und Wahrheit zu stellen, schafften sie indessen Strafgesetze herbei, um "Leugner, Zweifler, Verharmloser, Verherrlicher, Volksverhetzer" -- bei den Kommunisten hießen solche Leute "Abweichler, Boykotthetzer" -- abzustrafen. Ohnehin schon privilegiert gewesene Minderheitengruppen erhielten hiermit noch mehr Spielraum, "uneingeschränkte Solidarität" einzufordern. Wie sich in der Praxis gezeigt hat, gingen die Fortsetzungskrieger noch darüber hinaus und vernichteten zwecks 150%iger Erfüllung ihrer vermeintlichen Opportunitätspflichten unter Verletzung eigener Gesetze wissenschaftliche Literatur und verfügten Gefängnisurteile gegen ihre Verfasser und Verleger.

Die innen- wie außenpolitischen Zwänge sind nach wie vor so stark, daß sie kaum besser ausgedrückt werden können, als dies der bei den "Grünen" vom Steinewerfer und Hausbesetzer zum Außenminister aufgestiegene **Joschka Fischer** getan hatte, als er nach Rückkehr von einem USA-Besuch erklärte, daß Regierungen und Koalitionen in der Bundesrepublik sich ändern können, was jedoch auf die durchzuführende Politik keinerlei Einfluß habe.

"Die Bundesrepublik Deutschland handelt im Bündnis, wie schon unter den Vorgängerregierungen, und so wird es auch bleiben. Dafür sind wir gewählt. ...

Wenn sich die Mehrheiten verändern sollten, mag es eine andere Koalition geben. Aber es wird keine andere Politik der Bundesrepublik Deutschland geben. Dafür steht zu viel auf dem Spiel. Das wissen alle Beteiligten." [17]

Oder anläßlich des Kosovokrieges im Balkan 1999:

"Die Amis wollten den Krieg."

Der Spiegel**:**

"Und die Rolle der Deutschen in diesem Spiel?"

Fischer:

"Null Möglichkeiten, irgendetwas zu beeinflussen." [18]

Der Spiegel in Nr. 42/1999 S. 24:

"Er [Joschka Fischer] *will den Nationalstaat abschaffen und statt dessen die grenzüberschreitende Polizeitruppe unter Führung der USA. ... Nicht der zuständige Kanzler Gerhard Schröder, ein grüner Hasardeur bestimmt jetzt die deutsche Außenpolitik. Wieder wie zu Kaiser Wilhelms Zeiten heißt die Parole: »The Germans to the front!«"*

17) *Welt am Sonntag*, 1.4.1999
18) *Der Spiegel*, 16/1999 S. 25.

Der Spiegel in Nr. 44/2000:

*"Ginge es nach **Fischer**, tauchte die Bezeichnung »deutsch« in der Außenpolitik am besten gar nicht auf. Er weigert sich, ein nationales Interesse in der Außenpolitik zu definieren. Wenn es überhaupt ein solches deutsches Interesse gäbe, dann sei es am besten aufgehoben in der politischen Praxis internationaler Verbände wie der EU, der Nato oder den Vereinten Nationen."*

Am Beispiel jüdischer Ansprüche in Leipzig wird Ähnliches deutlich. Es gibt in der BRD minderberechtigte Deutsche und bevorrechtigte andere, -- trotz des im Grundgesetz vorgeschriebenen Gleichheitsgrundsatzes (Art 3, >1< *"Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich"*):

vwd. Frankfurt, 4. April.

"Als eine Sackgasse hat der Leipziger Oberbürgermeister Lehmann-Grube die Aufrechterhaltung des Prinzips der Rückgabe vor der Entschädigung bezeichnet. Auf drei Vierteln der Leipziger Innenstadt-Grundstücke liegen nach seinen Angaben jüdische Restitutionsansprüche. Man müsse das Schicksal dieser Grundstücke bis 1935 zurückverfolgen. Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff hat sich indessen gegen eine Umkehrung des Prinzips ausgesprochen. Im Falle jüdischer Grundstücke könne die Bundesrepublik so etwas außenpolitisch nicht durchhalten, sagte er." [19]

Ähnlich ist auch das Beispiel **Graf Lambsdorff**, der die sich den Zwangsarbeiter-Sammelklagen verweigernden Firmen, *"die für ihre Sünden nicht geradestehen wollen"*, warnte:

"Für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen drohen die USA allerdings mit Handelssanktionen. ... Es würde Boykotts und Sanktionen gegen deutsche Waren geben, landes-



Vor der Umerziehung kam die Säuberung der Bibliotheken, Hausdurchsuchung und Beschlagnahme "verbotener Literatur" sowie Inhaftierung, "Bestrafung" ehemaliger "Mitläufer" oder gar "Belasteter". -- "Demokratie pur".

19) *Frankfurter Allgemeine*, 5.4.1991, S. 43 unten.
20) *Welt am Sonntag*, 29.8.1999 S. 2.

weit und in einzelnen Bundesstaaten." [20]

Zum Boykott nicht zahlungswilliger Firmen riefen indessen bereits der eh. SPD-Vorsitzende **Hans-Joachim Vogel** und Bundestagspräsident **Wolfgang Thierse** auf.[21] Ihre unentwegt zur Schau gestellte Empörung über Aufrufplakate der NSDAP anläßlich der jüdischen Kriegserklärung "on Germany" vom 24. März 1933 zum eintägigen Boykott jüdischer Geschäfte haben sie dabei ganz "vergessen".

In welchem "voll souveränen" Staat war und wäre es wohl möglich, daß ein Minister für Arbeit und Sozialordnung das **Simon-Wiesenthal**-Zentrum in Israel auffordern würde, die 1 Million Kriegsopfer-Renten eigener Volksgenossen zu überprüfen, welche Altersbezüge wegen über 53 Jahre zurückliegender vermeintlicher "Kriegsverbrechen" gestrichen werden sollten? -- Nur in der BRD, veranlaßt 1998 von **Norbert Blüm**!

Mag nachfolgendes Faksimile-Schreiben echt oder gefälscht sein, Tatbestand ist, daß -- wie **Egon Bahr** (SPD) mehrfach offengelegt hat --, jeder bisherige Bundeskanzler Agent des CIA gewesen ist. Auffällig ist zudem, daß jeder Kanzler-Aspirant vor der eigentlichen Kür wenigstens 2 demonstrative Besuche, meist sogar 5 in fremden

VS-Verschlußsache
NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

BUNDESNACHRICHTENDIENST
Kontroll-Abt. II/OP

NUR FÜR MINISTER

S t r e n g s t e   V e r t r a u l i c h k e i t

Vorgang: Geheimer Staatsvertrag vom 21.05.1949

Hier: Verlust der Kopie Nr. 4

Sehr geehrter Herr Minister!

Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages zwischen den Alliierten Mächten und der provisorischen Regierung Westdeutschlands vom 21.05.1949 ist endgültig abhandengekommen.

Der geheime Staatsvertrag offenbart u.a.:

- die Medienhoheit der alliierten Mächten über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien bis zum Jahr 2099.
- die sog. "Kanzlerakte", also jenes Schriftstück, das jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides zu unterzeichnen hat,
- sowie die Pfändung der Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten.

Sofern die Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages in falsche Hände gelangen sollte, empfehle ich dringend, die Echtheit abzuleugnen.

Hochachtungsvoll

Dr. Rickermann
Staatsminister

Original erhalten am:
z.d.A. am: 14.9.94

Mag dieses Faksimile echt oder gefälscht sein:
Die Realitäten sind ohnedies erkennbar.

Hauptstädten mit linientreuen Sprüchen absolviert hat, in denen das "Bekenntnis zur Schuld- und Sühne-Verpflichtung des eigenen Volkes" im Mittelpunkt stand.

"Zwischen den wichtigsten Partnern des Bundesnachrichtendienstes (BND) bestehen stabile Informationskanäle, über die praktisch täglich Materialien ausgetauscht werden. Das trifft insbesondere auf die Nachrichtendienste der USA, Großbritanniens und Frankreichs sowie deren Residenturen und Dienststellen in Westdeutschland zu. Hier existieren personell und technisch gut ausgestattete Verbindungsstäbe, die mit der BND-Zentrale durch Fernschreib- und Telefon-Standleitungen verbunden sind. ...

In den ersten 2 Jahrzehnten der Bundesrepublik bis zum Inkrafttreten des Notstandsgesetzes über die Beschränkung des Post- und Fernmeldegeheimnisses im Oktober 1968 observierten und belauschten die Dienste der westlichen Siegermächte die Bundesbürger nach Belieben. Aufgeben wollten sie die Vorteile des rechtsfreien Raumes jedoch auch später nur formaljuristisch. Auf Ersuchen der USA erklärte das Auswärtige Amt am 27. Mai 1968 in einer Verbalnote an die US-Botschaft, die Bundesregierung verpflichte sich zum Schutz der Stationierungskräfte zu wirksamen gesetzlichen Maßnahmen einschließlich der Spionage- und Terrorbekämpfung mittels der Post- und Fernmeldeüberwachung.

Ein »geheim« eingestuftes Verwaltungsabkommen mit den USA und Großbritannien vom Oktober 1968 und mit Frankreich vom August 1969 regelte die Details der bundesdeutschen Beihilfe bei den Lauschangriffen. Seither wenden sich alle Entsendestaaten mit Truppen in der Bundesrepublik Deutschland an das Bundesamt für Verfassungsschutz oder den BND, wenn das Grundrecht eines Westdeutschen auf Vertraulichkeit des gesprochenen Wortes gebrochen werden soll. Zu zählen, wie oft solche Ersuchen ausländischer Dienste um Amtshilfe von den Nachrichtendiensten des Bundes bedient wurden, sei eine unerfüllbare Fleißaufgabe, so die Bundesregierung im Innenausschuß des Bundestages 1989. ....

Der BND, das Bundeskriminalamt und die Verfassungsschutzbehörden sowie militärische Stellen der Bundeswehr geben routinemäßig alle ihre Berichte an die Nachrichtendienste der Nato-Staaten, die Truppen in der Bundesrepublik stationiert haben, weiter. Der Rückfluß von diesen Diensten jedoch ist eher mager. ... [22) S. 157 - 158 + S. 229]

Die bestfunktionierende Zusammenarbeit -- so lassen Insider verlauten -- gäbe es mit Israel und seinem Dienst, dem Mossad. ...

Von Israel erhält der BND -- verglichen mit den anderen Partnerdiensten -- insgesamt das zweitgrößte Aufkommen an Informationen. Eine Gegenleistung des BND war das Gewähren weitgehender Operationsfreiheit für den Mossad in der Bundesrepublik. ...

Im Frühjahr 1992 bot sich dann dem BND die Chan-

21) *Der Tagesspiegel*, Berlin 18.12.1999.

22) Erich Schmidt-Fenboom, "Der BND -- Die unheimliche Macht im Staat", Düsseldorf - Wien - New York - Moskau 1993.

ce, die Dankesschuld beim Mossad weiter abzutragen. Der israelische Geheimdienst verlegte sein europäisches Hauptquartier von Paris nach Berlin, denn die geopolitischen Veränderungen Ende der 80er Jahre ließen auch den Mossad die politische Mitte Europas weiter östlich orten." [22) S. 165 + 168]

Ein anderer Experte belehrte uns bereits 1989 über die Lage Deutschlands wie folgt:

"Die amerikanischen Truppen sind noch da. Ihre Besatzungszone umfaßte zunächst Bayern, Hessen, einen Teil des heutigen Baden-Württemberg sowie Bremen als Enklave in der britischen Zone, des Hafens wegen. Später setzten sie sich in der französischen Zone fest, bauten in der Eifel, im Hunsrück, im Pfälzer Wald festungsartige Stützpunkte und Depots. Auch in Niedersachsen wurde eine US-Brigade stationiert. Im ganzen Bundesgebiet sind weitere militärische Einrichtungen der Amerikaner geplant. [23) S. 8, 10]

In keinem Land der Erde haben die US-Streitkräfte so große Chemiewaffen-Vorräte angelegt wie in der Bundesrepublik. [23) S. 10]

*Der Geheimdienst **CIA** unterhält Niederlassungen in Bonn, Frankfurt/M und anderen Städten. Die bundesdeutschen Geheimdienste sind verpflichtet, die CIA mit Informationen zu beliefern. ...*

Dabei gilt die Bundesrepublik Deutschland bei ehemaligen CIA-Mitarbeitern ... als die zweitgrößte CIA-Außenstation ....

*Nachdem **Der Spiegel** am 20. Februar 1989 über gigantische Abhörsysteme des US-amerikanischen »Supergeheimdienstes NSA« (National Security Agency) berichtet und einige Einzelheiten genannt hatte, standen die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD wieder vereint hinter dem »großen Bruder«. ...* [23) S. 132]

Horchposten-Antennenanlagen von oft mehreren hundert Metern Durchmesser unterhalte die NSA in ihrem Hauptquartier in Frankfurt/M sowie in Bad Aibling, Augsburg, Gablingen, Sembach, Ramstein, Baumholder, Hahn, Lüderbach, Grüsselbach, auf dem Hohen Meißner, in Goslar, Braunlage, Schöningen, Wobeck und Schleswig sowie in Berlin-Tempelhof. ..." [23) S. 133]

Von Flughäfen in der BRD starteten US-Maschinen zu Bombenangriffen in Nahost; in Stuttgart befindet sich die Einsatzzentrale. ...

Die Alliierten können im Fall eines inneren oder äußeren Notstandes, dessen Vorhandensein sie selbst bestimmen, die Oberkommandierenden ihrer Streitkräfte veranlassen, die vollziehende Gewalt zu übernehmen. Die Stationierungskräfte unterhalten Waffenarsenale höchster Brisanz in einem der Bundesrepublik unbekannten Ausmaß. [23) S. 23]

Besser allerdings wäre es, sie würden -- nach Hawaii und Alaska -- der 51. Staat ihrer transatlantischen Schutzmacht, denn dann könnten sie wenigstens mitbestimmen, wer ins Weiße Haus einzieht. [23) S. 28]

Im Rahmen des Nato-Infrastrukturprogramms stehen den amerikanischen, britischen, französischen, belgischen, niederländischen und kanadischen Sicherungsstreitkräften 40.000 militärische Einrichtungen und Übungsplätze zur Verfügung, wovon der bei weitem größte Teil auf die US-Armee entfällt. Die Bundesrepublik kommt für alle Einrichtungen auf, die für Einsatz, Führung und Unterstützung der Streitkräfte gebraucht werden. Sie stellt dafür auch kostenlos Grund und Boden im Wert von 42 Milliarden Mark bereit. ... [23) S. 84]

Die neuen Raketen sind nicht nur in die US-Streitkräfte integriert, sondern auch die Entscheidung über ihren Einsatz liegt allein beim Präsidenten der USA. Dies gilt auch für den Nuklearpark. ... [23) S. 95]

Welcher Staat ist souverän, der im Zeitalter der Nuklear- und Giftgaswaffen nicht mehr über ihren Einsatz vom eigenen Territorium aus und damit nicht mehr über Krieg und Frieden selbst entscheiden kann? ... [23) S. 95]

Das »Wartime Host Nation Support--Abkommen« zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland vom 15.4.1982 verpflichtet die BRD in Art. 2 zur Erleichterung der Unterstützung der verstärkten US-Streitkräfte und ihres zivilen Gefolges in der Bundesrepublik, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika im Krisen- oder Kriegsfall zivile und militärische Unterstützungsleistungen zu gewähren. Im Anhang zum Abkommen sowie in weiteren Folgeverträgen werden die einzelnen Leistungen konkretisiert: sie umfassen alle zivilen Hilfsdienste für den kriegführenden Staat.

Wann eine Krise oder ein Krieg vorliegt, soll von den Regierungen der USA und der BRD gemeinsam festgelegt werden. Das Abkommen enthält keine inhaltliche Umschreibung der »Krise« und auch keine geographische Begrenzung des Kriegsgebietes. ... [23) S. 113]

Selbst wenn die Bundesrepublik in solchen Fällen nur als Depot- und Transitstelle für völkerrechtswidrige Einsätze der US-Truppen fungieren würde, müßte sie sich dies nach der international akzeptierten Definition der UNO als eigene Angriffshandlung zurechnen lassen. [S. 116] *(Aggressions-Resolution der UNO-Generalversammlung vom 14. Dezember 1974).*

Die Bundesrepublik ist nicht nur das Land mit den meisten nuklearen Sprengköpfen, sie dürfte außerdem das Land mit den meisten ausländischen Rundfunkstationen sein. ... Die ausländischen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik sind ein Relikt aus der Besatzungszeit nach 1945. Sie richten sich in erster Linie an die Angehörigen der in der Bundesrepublik stationierten Armeen, aber auch an bundesdeutsche Bürger. ... Alle unterstehen sie jedoch einem ausländischen Souverän. ..." [23) S. 148]

Unter der Überschrift *"Bedroht von den Freunden"* verweist ***Der Spiegel*** auf ein 39-seitiges Arbeitsdokument des Europäischen Parlaments über das amerikanisch-britische Abhörsystem »Echelon«.

"Ein Netz von Satelliten und Bodenstationen rund um die Welt rastert dabei Faxe, e-mails, Telefonate und Internet-Botschaften nach verdächtigen Schlüsselwörtern ab und leitet die Funde an Geheimdienstzentralen in Amerika weiter. Die Kontinentaleuropäer fühlen sich bedroht -- von ihren eigenen Freunden. ... Das altehrwürdige Bürgerrecht auf Schutz der

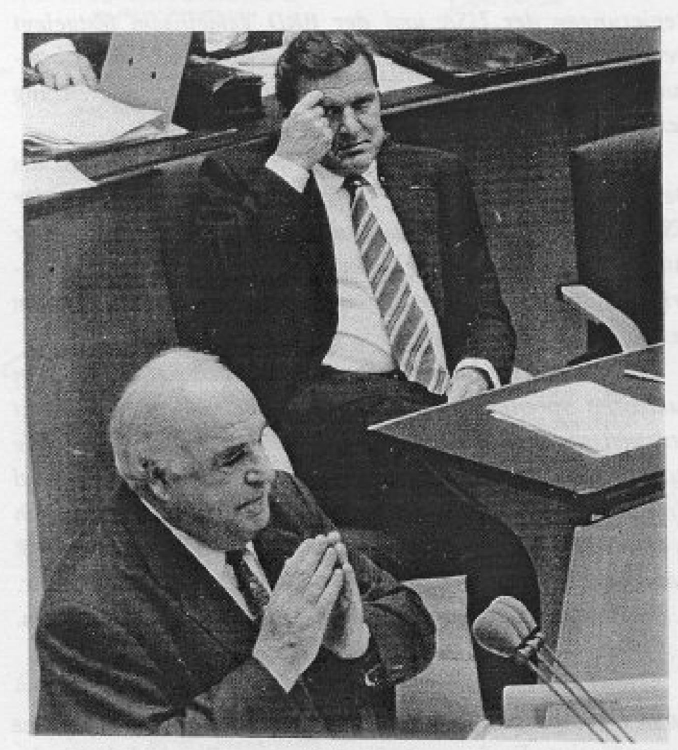
23) Eckard Spoo (Hrsg.), "Die Amerikaner in der Bundesrepublik -- Besatzungsmacht oder Bündnispartner?", Köln 1989, Kiepenheuer + Witsch Verlag.

Privatsphäre wird zwar vom eigenen Staat garantiert, nicht jedoch von einem fremden Land. Es scheint durch den globalen Lauschangriff ausgehebelt. " [24]

Daß die hier beschriebene "Garantie vom eigenen Staat" nur die Gesetzeslage und Theorie beschreibt, schaffte ***Der Spiegel*** in seiner Kurzfassung freilich nicht näher auszuführen. Dafür schnitt er die elektronische Wirtschaftsspionage der USA kraft ihrer überlegenen und weltweit einsetzbaren technischen Mittel an, gegenüber denen der Aufklärungsumfang aller anderen Dienste verblasse. Die Auswirkungen auf die bundesdeutschen Politiker sind allerorten offensichtlich. Sie haben nachgeholfen, diesen Überhang "unumkehrbar" zu vervollständigen, indem sie zunächst die staatseigene Post aufteilten, privatisierten und zuließen, daß die "Volksaktionäre" um Milliarden des Volksvermögens enteignet wurden. Der Ausverkauf der deutschen Kabelnetze an ausländische Übernehmer lief stillschweigend parallel.[25]



Bundeskanzler Helmut Kohl
-- auch nur ein Beispielfall --



"Der Vogel" galt hier freilich nicht dem nebenstehenden Zitat des Bundeskanzlers Helmut Kohl, weicht doch die Politik des nachfolgenden Bundeskanzlers Gerhard Schröder davon gar nicht ab, wenngleich er sich in persönlichen Äußerungen hierzu zurückhält. Der Spiegel vermerkte zu diesem Foto aus dem Bundestag in seiner Ausgabe 37/1998: "Experimente bringen gar nichts."

"Ich schäme mich als Deutscher ... Auch die nachgeborenen Deutschen haben nicht das Recht, sich der gemeinsamen Haftung für das im deutschen Namen begangene Unrecht zu entziehen." [26]

Wer in "seinem Staat" wagt, wissenschaftlich zu untersuchen, wofür er und seines Kindeskinder "haften" sollen, landet seit seiner Initiative im Gefängnis.

Nicht geschämt hat er sich, den Vertreiberstaaten Polen und Tschechien anläßlich des Zusammenschlusses von BRD und DDR 51 Milliarden DM aus der Schatulle des deutschen Volkes zu übereignen, die Kriegführung der USA am Golf 1991 mit 22 Milliarden zu finanzieren, die "ethnische Säuberung" auf dem Balkan 1999 anzuprangern, nicht aber jene viel größeren Ausmaßes in Ostdeutschland 1945.

Die Diskussion um den Maastricht-Vertrag (Einführung der Euro-Währung) beendete Kohl in der Regierungserklärung am 7.12.1995 mit der Drohung, eine deutsche Verweigerung "*würde Krieg bedeuten*";

die Diskussion um den Bau der Monumental-Gedenkstätte am Platz der ehemaligen Reichskanzlei damit:

"Wir würden weltweit verflucht werden, würden wir den Bau der Holocaust-Gedenkstätte verweigern." [27]

---

24) ***Der Spiegel*** Nr. 15, 10.4.2000 S. 216.
25) ***Der Tagesspiegel***, Berlin 16.4.2000, S. 28.

26) ***Münchener Merkur***, 16.12.1995
27) ***Frankfurter Allgemeine Zeitung***, 17.9.1998.

Kollaborationsmoral der Bundespräsidenten als Beispiel für Regierung und Parlamente

Richard v. Weizsäcker

beim Festakt zur "Wiedervereinigung":

"Der Besuch der Präsidentinnen beider freigewählter deutscher Parlamente vor ein paar Monaten in Israel zum Gedenken an den Holocaust hat dort einen tiefen Eindruck hinterlassen. Er symbolisiert die Gemeinsamkeit der Deutschen gerade auch in ihrer geschichtlichen Verantwortung.

Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und der von ihr ausgegangene Krieg hat den Menschen in fast ganz Europa und bei uns zu Hause unermeßlich schweres Unglück und Leid zugefügt. Wir bleiben der Opfer immer eingedenk." [28)]

Alle Schuld, ganz gleich welche, ohne Prüfung historischer Zusammenhänge, auch entgegen wissenschaftlicher Erkenntnisse und Beweislagen, gebührt den Deutschen, sie allein haben "geschichtliche Verantwortung" und ihr "immer eingedenk" zu sein. Das Bekenntnis zum historischen Tatbestand des Holocaust gilt gleichsam als Staatsbürgerpflicht.

Von der B'nai B'rith Loge in den USA erhielt Richard v. Weizsäcker die Goldmedaille, vom American Jewish Committee das American Liberty Medaillon, von der Appeal of Conscience Foundation den Appeal of Conscience Award sowie den Titel "Botschafter ehrenhalber". [28a)]

Roman Herzog:

Die Welt am 11.2.1995 S. G 1:

"80% aller deutschen Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern wurden während des Krieges zerstört. 40.000 Tonnen Bomben im Jahre 1942, 120.000 im Jahre 1943, 650.000 im Jahre 1944 und 500.000 in den letzten Monaten des Krieges 1945."

Roman Herzog in seiner "Gedenkrede" am 13 Februar 1995 in Dresden:

"Es ergibt keinen Sinn, darüber zu richten, ob der Bombenkrieg, an dessen Unmenschlichkeit ohnehin niemand zweifelt, im juristischen Sinne rechtmäßig gewesen ist oder nicht. Was bringt uns das -- angesichts des Abstandes von 50 Jahren?" [29)]

Ganz anders lautete sein Urteil in Israel:

"Für uns Deutsche darf es niemals einen Schlußstrich geben."

Roman Herzog auf der Prager Burg im Mai 1997:

"Die Vertreibung der Deutschen nach 1945 ist die Folge der Verbrechen, die unter Hitler im deutschen Namen begangen wurden." [30)]

Mit dieser ungeheuerlichen Verdrehung der Tatsachen wälzte Bundespräsident Herzog die Schuld der Vertreiber auf die Vertriebenen seines eigenen Volkes ab. Den Zwischenruf in einer Versammlung: "*Landesverräter!*" wußte er nur blaswangig zu parieren mit: "*Das hat mir gerade noch gefehlt.*"

Egon Bahr: *"Kanzler waren alle IM der CIA"*

"Berlin (dpa): Nach Auffassung des SPD-Politikers Egon Bahr waren alle Bundeskanzler von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl »IM der CIA« (informelle Mitarbeiter des US-Geheimdienstes). *»Das würde sich bei Öffnung geheimer Akten in der Bundesrepublik zeigen«, sagte Bahr am Sonntag auf einer Veranstaltung in der Berliner Akademie der Künste. Seine 30 Jahre Erfahrungen mit Geheimdiensten hätten ihn gelehrt, daß alle Kanzler der Bundesrepublik verdeckte Beziehungen zum amerikanischen Geheimdienst gehabt hätten.*

»Diese sind abgeschöpft worden und haben allerdings auch abgeschöpft«**, sagte Bahr. **»Man könne aber ganz sicher sein, daß die Akten nicht geöffnet würden, weil es relativ selten vorkommt, daß ein Staat zugrunde geht.«

Zu den Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) zur Last gelegten Stasi-Verbindungen sagte Bahr, das habe ihn nicht gewundert.

»Wir haben ihn benützt, seiner Obrigkeit das zu berichten, was wir für richtig hielten in Bonn, da war er absolut zuverlässig.« " [31)]

Der Stern ergänzte:

***"Stern:** Herr Bahr, haben Sie den Mund nicht zu voll genommen?*

Bahr: *Quatsch. Es hat zu allen Zeiten besondere Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes CIA in einzelnen Parteien und im Kanzleramt gegeben.*

***Stern:** D.h., nach den Kriterien des Ministeriums für Staatssicherheit. ...*

Bahr: *... wären die Kanzler alle inoffizielle Mitarbeiter, also IM des CIA gewesen."* [32)]

28) ***Nation Europa***, Coburg, 11/12 1990, S. 47.

28a) ***Deutsche Nationalzeitung***, München 30.6.1989.

29) ***Frankfurter Allgemeine Zeitung***, 14.2.1995, S. 1.

30) ***Die Welt***, 16.5.1997, S. 4.

31) ***Hannoversche Allgemeine Zeitung***, Montag, 28. Oktober 1996, S. 2.

32) ***Der Stern*** 47/1996, S. 15.

Gesetze werden geändert -- Telefonanruf genügt

Howard M. Sachar[33] umriß die Souveränitätsfrage der Bundesrepublik Deutschland u.a. mit nachfolgenden Einzelheiten:

"1964 erließ Bonn ein Gesetz, das den Anklagen für Nazimörder eine Frist setzte, die am 8. Mai 1965, dem 20. Jahrestag der deutschen Kapitulation, in Kraft treten sollte. Die israelische Regierung reagierte entrüstet, amerikanische jüdische Organisationen und zahlreiche einflußreiche deutsche Intellektuelle protestierten leidenschaftlich. Bonn zog daraufhin das Gesetz sofort zurück und hob alle Fristen für Anklageerhebungen auf.

Bis zum Jahre 1983 wurden etwa 80.000 Deutsche durch deutsche Gerichte verurteilt und mehr als 60.000 Ermittlungen waren anhängig. Die Zentrale Verfolgungsstelle für Naziverbrechen in Ludwigsburg stellte mehr als 100 Staatsanwälte, Richter und Ermittler ein, die hartnäckig daran arbeiteten, die Verbrechen von Deutschlands Vergangenheit ans Licht zu bringen und einer Verurteilung zuzuführen.

Zur gleichen Zeit wetteiferten Länderregierungen und Gemeinden darum, Juden finanzielle Unterstützung angedeihen zu lassen. Neben Wiedergutmachungs- und Schadensersatzleistungen erwies sich die Hilfe der deutschen Länder und Gemeinden zwischen 1950 und den 60er Jahren gegenüber den jüdischen Gemeinden als eine nichtversiegende Quelle von Subventionen. 45 Synagogen wurden errichtet und wieder aufgebaut. Eine wunderschöne Synagoge wurde in Bonn -- gleich gegenüber dem Außenministerium -- als spürbare Erinnerung erbaut. Diplomaten, die sich besuchsweise im Außenministerium aufhielten, sollte gezeigt werden, wie sich Deutschland um seine Juden kümmere.

Die wiedererrichtete spanisch-byzantinische Synagoge in Frankfurt kostete den Staat Hessen 800.000 Mark. Wie auch in vielen anderen jüdischen Gemeinden bleibt diese Synagoge leer. Nur an den hohen jüdischen Feiertagen füllt sie sich. Synagogen wurden erbaut und restauriert in Berlin, Hamburg, Hagen, Duisburg, Münster, Mülheim, Saarbrücken, Heidelberg, Mainz, Paderborn, Hannover und Wiesbaden. Es fehlt an nichts, außer an genügend betenden Juden. Für die deutschen Behörden war die Hilfe eine Frage von Ehre, Verpflichtung und Ansehen. 39 Bibliotheken und 3 Institute für jüdische Studien wurden gegründet, wofür die jüdischen Gemeinden von den deutschen Kommunen die Gelder bekamen. Manchmal deckten die Zuschüsse die Vorhaben teilweise, in anderen Fällen zur Gänze ab. ...

***Heinz Galinski**, der zum Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Berlin avancierte, wäre von den kultivierten jüdischen Gemeinden der Vorkriegszeit mit Verachtung abgelehnt worden. Galinski, ein Schlesier, ein Überlebender der Konzentrationslager, dessen Frau und Eltern in den Gaskammern der Nazis ums Leben kamen, war ein raffinierter Politiker mit begrenzter Bildung, vergleichbar mit amerikanischen Politbossen. Galinski perfektionierte schon sehr bald die Kunst, für die Finanzierung von Gemeindeaktivitäten, für die Errichtung des jüdischen Gemeindeverwaltungsgebäudes in der Fasanenstraße, die Berliner Regierung unter moralischen Druck zu setzen.*

Als er sich mit mir im Januar 1982 unterhielt, versicherte er mir, daß er nur den Telefonhörer abzunehmen brauche, um von den wichtigsten Personen in der Regierung zu bekommen, was er nur wollte. Er versicherte mir, daß er zu jeder Festveranstaltung als der offizielle Vertreter der jüdischen Gemeinde eingeladen wird.

Als ich über diesen taktlosen Mann nachdachte, kam mir der Gedanke, daß er wahrscheinlich genau der Richtige ist, mit den Deutschen und ihrem verwundeten Gewissen, ihrem Respekt vor der Autorität, ihrem Beeindrucktsein vor Einschüchterung umzugehen." [33]

Dabei hat diese Haltung durchaus Tradition, hatte doch schon **Nahum Goldmann**, langjähriger Präsident des Weltjudenkongresses, **Chaim Weizmann** mit den Worten zitiert:

*"Ich gehe zu **Churchill** oder **Daladier**, und die Sache ist geregelt. Was soll das übrige?"* [34]

Da gab es in den 80er Jahren im Auswärtigen Amt einen Beamten, der mit *"einem skandalösen Gutachten"* die Einwanderung eines russischen Juden in die Bundesrepublik verhindert hat. Als **Ignatz Bubis** davon erfuhr,

*"wandte ich mich sofort an den damaligen Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**. Eine Antwort ist zwar nicht erfolgt, doch schwuppdiwupp: dieser Beamte wurde nach London versetzt."* [35]

Daß die unentwegten Kriegsfortsetzungs-Prozesse gegen Deutsche die Grundsätze jedweden normalen Rechts pervertieren, wäre nachzutragen. Sie waren und sind sämtlich auf einseitige Normen der Sieger ausgerichtet. **I h r e** Taten und Täter waren grundsätzlich amnestiert, nicht Gegenstand der Verfahren. Die Deutschen hingegen standen in- und vor allem ausländischen Zeugen gegenüber, die vielfach vorinstruiert wurden, keiner Meineidhaftung unterlagen und sich mit den Kampfzielen der siegreichen Ankläger identifizierten. Die Richter pflegten -- ausgerichtet auf die Sprüche der Höchstgerichte und die "Meinungsmacher" im In- und Ausland -- nach politischen Opportunitäten über die Glaubwürdigkeit oder Unglaubwürdigkeit von Zeugen zu entscheiden, Beweismittel und Argumente

33) Howard M. Sachar, "Diaspora, An Inquiry into the Contemporary Jewish World", New York, Harper & Row Publishers 1985, S. 26 - 27.
34) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1978, S. 152.
35) ***Deutsche Nationalzeitung***, München 15.11.1996.



Heinz Galinski (re.), Bundespräsident Richard v. Weizsäcker und Helmut Kohl im gedenkfeierlichen Gespräch. Anfang der 90er Jahre haben sie die unbegrenzte Einwanderung von Juden aus Rußland in das ihnen fremde "Land der Täter" vereinbart. Deutsche Sprachkenntnisse, wie von den Rußlandeutschen gefordert, sollten keine Voraussetzung sein.

Während Mitte 1997 bereits schätzungsweise 100.000 Juden bei jährlichen Eingliederungskosten von etwa 4 Milliarden DM gekommen waren, mahnte Kohl die Deutschen bei seinem Besuch in Alma Ata / Kasachstan, dort zu bleiben, weil er *"kein Interesse"* an deren Auswanderung habe.

Im Nachruf auf den 1992 verstorbenen Heinz Galinski erinnerte Bundespräsident v. Weizsäcker daran:

"Er habe uns wahrhaftig immer wieder die Leviten gelesen. ... In ganz Deutschland hörte man auf seine Stimme, um täglich von neuem den rechten Weg zu finden."

Deutsche Nationalzeitung, München 16. Mai 1997, S. 1 +
David Korn, "Wer ist wer im Judentum?", München 1998, Bd. I, S. 151.

der Verteidigung meistens abzulehnen sowie auslösende Tatzusammenhänge, für die der ehemalige Gegner unzweideutig die Verantwortung trägt, unberücksichtigt zu lassen.

Wer sich solcher Mittel bedient, schafft kein Recht, sondern führt den Krieg mit anderen Mitteln fort, wie es US-Chefankläger **Robert Jackson** schon für das Nürnberger Militärtribunal 1945/1946 festgestellt hatte.[36]

Um auf **Heinz Galinski** zurückzukommen: Er hatte keinerlei Wählervotum in irgendeiner deutschen Partei oder "gesellschaftlichen Organisation". Dies war für seinen Einfluß auf die deutsche Politik jedoch bedeutungslos. Sein Spruch beweist es:

> *"Wir geben den Weg zu einer schrankenlosen Geschichtsdiskussion nicht frei."* [37]

Man stelle sich einmal vor, Deutsche würden in Israel solche Ansinnen den Israelis gegenüber hegen!

Prof. Ernst Nolte war schockiert:

"Und er ist offenbar der Überzeugung, daß es keinen Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft darstellt, wenn er fragt,

> *»ob das deutsche Volk sich eine solche Diskussion leisten kann oder will«*

und wenn er mit den ominösen Worten schließt:

> *»Ich kann nur davor warnen, sie fortzusetzen.«* " [38]

Tatsächlich haben Heinz Galinski und seine Leute ihren Willen durchgesetzt. Mit den verschärften Strafgesetz-§§ 86, 130 und 194 in Verbindung mit verlängerter Presseverjährungszeit (statt 6 Monate) auf 3 Jahre für "rechtsextreme Literatur" **wurde der Weg *"zu einer schrankenlosen Geschichtsdiskussion"* kriminalisiert und versperrt**. Fortan galt als kriminell und mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bedroht, wer wagen sollte, bestimmte Behauptungen über historisches Geschehen anzuzweifeln, zu verharmlosen oder auch nur wissenschaftlich zu untersuchen. Die Geschichtsschreibung hierüber, ohnehin seit 1945 weitgehend monopolisiert, blieb auserwählten Leuten vorbehalten.

So waren es ihre "Glaubensbrüder" schon lange in den USA gewohnt. **Nahum Goldmann** wußte aus seiner Tätigkeit in den Vereinigten Staaten zu berichten, daß *"jüdische Persönlichkeiten -- meist reiche Spender für die Parteien -- ohne weiteres Zugang zu dem Präsidenten hatten"* und über alle Instanzen hinweg *"oft die ganze politische Linie ändern konnten"*. Auf diese Weise wurden sogar *"Regierungsbeschlüsse mitten in der Nacht durch einen Anruf eines persönlichen Freundes des Präsidenten radikal umgeworfen"*, *"überschritten Lobbies die Grenzen des Zuträglichen"* und *"übten einen unheilvollen Einfluß aus"*.[38 a)]



Heinz Galinski (r.) 1980 im Gespräch mit seinem Glaubensbruder Klaus Gysi, der in der "DDR" ausgerechnet für Kirchenfragen zuständig war. (Vater des Honecker-Nachfolgers Gregor Gysi als SED-, später PDS-Chef.

Das einzige, was Heinz Galinski bei seinen Indoktrinierungsbemühungen gegenüber dem ihm fremd gebliebenen deutschen Volk nicht erreichte und ihn maßlos empörte, war, daß das von ihm geforderte Bekenntnis zur deutschen Alleinschuld und unbegrenzten Wiedergutmachungsbereitschaft nicht in die Präambel des Einigungsgesetzes -- "2 + 4 Vertrag" -- von 1990 aufgenommen worden ist. Das war allerdings nur den "4" (Großbritannien, USA, Frankreich und UdSSR) zu danken. Die "2" (BRD und DDR) hätten es gewiß in ausgedehnter Beflissenheit eingebracht.

36) IMT Bd. XIX S. 440.
37) *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Januar 1987.
38) Ernst Nolte, "Das Vergehen der Vergangenheit", Frankfurt/M 1987, S. 37
38 a) Nahum Goldmann, "Mein Leben -- USA - Europa - Israel", München - Wien 1981, S. 52 - 53; -- vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 54, S. 34.

Statthalter neuen Stils?

Ignatz Bubis, Besitzer eines deutschen und eines israelischen Passes, repräsentierte in der BRD einen Bevölkerungsanteil von 0,073%, schätzte sich indessen nach Wahl zum Zentralratschef dJiD. so ein:

"Manche Leute sehen in mir so etwas wie eine gesetzgeberische bzw. rechtsprechende Instanz." [39]

Und so hatte er eine Menge zu fordern:

"Als die Verjährungsfrist zur Verfolgung von Personen, die der NS-Verbrechen bezichtigt werden, abzulaufen drohte, habe ich mich in meiner (damaligen) Funktion als Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Frankfurts nach Kräften eingesetzt." [39]

Ergebnis: Die Verjährungszeit wurde ohne Begrenzung und entgegen allen bisherigen Rechtsgrundsätzen verlängert.

"Anlaß zur Sorge gebe aber noch immer die weiterhin ungebrochene Fremdenfeindlichkeit sowie der nach wie vor vorhandene Antisemitismus (in der Bundesrepublik Deutschland). ...

Dem Historiker Prof. Dr. **Ernst Nolte** *warf* er Mißbrauch der Meinungsfreiheit vor und wollte *"intellektuellen Rechtsradikalismus"* unterbunden wissen.

"Insbesondere mahnte Bubis eine Vereinheitlichung der europäischen Rechtsprechung im Bereich des Rechtsradikalismus an. Es könne nicht angehen, daß jenseits der deutschen Grenzen straflos hier verbotene Druckwerke verbreitet würden. Daß Deutschland in Sachen Rechtsextremismus eine Sonderrolle spiele, sei unbestritten. Gerade deshalb aber müsse die Bundesrepublik in der Gesetzgebung beispielgebend vorangehen, betonte der Vorsitzende." [40]

"Das Blut der Ahnen, die völkische Zugehörigkeit, dürfen nicht länger den Ausschlag geben, wenn es um die Staatszugehörigkeit in Deutschland geht."

forderte **Ignatz Bubis nicht etwa für seine Leute in Israel, sondern für die Deutschen.**" [41]

Ihm zufolge sollen künftig alle Menschen, die in Deutschland geboren werden, zunächst einmal eine vorläufige Staatsbürgerschaft erhalten.[41]

Wenige Monate zuvor verwies eine deutsche Zeitung auf die Nachricht aus Tel Aviv, in der dortigen Universität habe man *"spezifisch jüdische Gene"* entdeckt. Im diesbezüglichen israelischen Kommentar war die Absicht empfohlen worden, mit Hilfe dieser Entdeckung diejenigen aus dem Staat auszugliedern, die keine *"Erbjuden durch das Blut gemeinsamer Vorfahren"* seien.[42]

Erinnert sei an die programmatischen Aussagen der ***Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung***, Bonn, vom 26. Juli 1990, S. 11:

"Für Juden gilt: Keine Vermischung mit Nichtjuden."

und vom 8. Oktober 1992, S. 3:

"Die Vermischung mit Nichtjuden ist die fürchterlichste Erscheinung für das jüdische Volk und gleicht einem Untergangstrieb."

Und vom 19.5.1994, S. 1:

"Wir Zionisten haben innerhalb des Judentums einen Kampf gegen die Vermischung zu führen. ..."

Eine gemeinsame Grabstätte für jüdisch-nichtjüdische Ehepaare ist nach jüdischem Religionsgesetz gänzlich ausgeschlossen."

So bleibt einem nur das Staunen über den seltsamen Einmischungseifer in die Angelegenheiten des deutschen Volkes.

Immerhin scheint es noch erlaubt zu sein, von einer *"oktroyierten Ausländerfeindlichkeit"* zu sprechen, sei doch eine solche angesichts hemmungsloser Einwanderungsströme kein *"parteispezifisches Verhalten, sondern ganz einfach eine Reaktion des gesunden Menschenverstandes und der elementaren Selbsterhaltung"*. -- ***Die Welt*** war so frei, dies zu bekennen.[43]

1991 forcierte **Ignatz Bubis** die bereits von seinem Vorgänger Galinski eingeleitete Einwanderung der Ostjuden nach Deutschland -- sie sollten vorwiegend aus Rußland kommen und zwar unabhängig davon, ob sie mit den Deutschen jemals etwas zu tun hatten oder nicht.[44] Anschließend forderte er die Einwanderung von Armutsflüchtlingen in die Bundesrepublik. Als ob ihn das alles etwas anginge.[45]

Es gibt jedoch noch andere Anliegen, die der Zentralratsvorsitzende dem deutschen Volk anempfahl, bzw. ihm vorzuschreiben beliebte, obgleich man meinen sollte, er täte gut daran, sich um seine eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Ihm zufolge seien

"rechtsextreme Gruppierungen als kriminelle Vereinigungen zu behandeln, am besten pauschal und unterschiedlos".[46]

Der Straftatbestand der Volksverhetzung sei zu eng gefaßt. Bubis forderte, ihn für die Deutschen zu erweitern. Kurz darauf -- Ende 1994 -- folgte der Gesetzgeber diesem Ansinnen.

Sein Vorschlag, **Roman Herzog** zum Bundespräsidenten zu küren (Bundespräsident **Richard v. Weizsäcker** hatte sogar **Ignatz Bubis** hierfür ins Gespräch gebracht, doch lehnte dieser bescheiden ab!), ward unverzüglich angenommen. Gleiches geschah mit seiner "Anregung", in Deutschland einen Gedenktag "für die Opfer der ns-Gewaltherrschaft" einzuführen. Seit 1996 ist der 27. Januar -- "der Tag der Befreiung von Auschwitz" hierfür ausersehen.

39) ***Deutsche Nationalzeitung***, München, 15.12.1996.
40) ***Allgemeine Jüdische Wochenzeitung***, Bonn, 22. September 1994, S. 1.
41) ***Welt am Sonntag***, 20. November 1994.
42) ***Deutsche Stimme***, Stuttgart, Ausgabe 6-7/1994.. -- Vgl.: ***UN (Unabhängige Nachrichten)***, Bingen 12/1994, S. 2.
43) ***Die Welt***, 27. April 1994, S. 5.
44) ***Deutsche Nationalzeitung***, München 18.5.2001.
45) ***Hessisch-Nassauische Allgemeine***, 5.11.1994.
46) ***Deutsche Nationalzeitung***, München 16.12.1994.

1996 forderte **Ignatz Bubis** die Bundesregierung auf, die Sprache der Sinti und Roma (früher Zigeuner), das Romanes, in Deutschland mit anderen Minderheitensprachen gleichzustellen. Diese Sprache sei seit 600 Jahren gewachsenes Kulturgut.[47)] Auch müsse ihm zufolge "*für die deutsche Bevölkerung ein allgemeiner Zugang zu Hitler-Zitaten ausgeschlossen*" und für die Bundeswehr der Deserteur zum Vorbild gemacht werden.[48)]

Frage:

*"Der Schriftsteller **Ralph Giordano** hat kürzlich vor einer neuen »Aufrechnungsmentalität« gewarnt."*

Bubis:

"Die Gefahr der Aufrechnung ist sehr groß. Hier muß man aufpassen. Ich kann Giordano nur zustimmen, wenn er vor einer neuen »Aufrechnungsmentalität« warnt. Wenn jemand sagt, die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten sei eine Barbarei gewesen, kann man ihm nicht widersprechen. Es muß aber deutlich der historische Zusammenhang hergestellt werden. Die Barbarei hat nicht durch die Luftangriffe auf Dresden in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 begonnen, sondern schon am 30. Januar 1933, als Hitler an die Macht kam. Das muß bei dem Gedanken an Dresden deutlich werden." [49)]

Was der Massenmord an mehr als 400.000 Zivilisten indessen mit der demokratisch-rechtmäßigen Machtübernahme Hitlers am 30.1.1933 zu tun hat, bedurfte für Ignatz Bubis keiner Erläuterung. Wenn er selber ein historisches Ereignis mit einem anderen "aufrechnete", und sei das gewählte Beispiel noch so absurd, so stünde **i h m** das offensichtlich zu. Was also soll dieses ganze Gerede? Doch allenfalls, daß die Deutschen im Gegensatz zu auserwählten Anderen auf gar keinen Fall Fakten zur Verteidigung benennen, auf Ursachen und Folgen verweisen dürfen, selbst wenn dies beweiskräftig dringend geboten ist. Bundesdeutsche Regierungen, Parlamentarier aller Ebenen, die Medien, betätigen sich als Schrittmacher solcher Anmaßungen, -- trotz Amtseid, "*den Nutzen des Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden*".

Kurz vor seinem Lebensende (August 1999) übernahm Ignatz Bubis noch den Vorsitz eines Trägervereins für die Anti-Wehrmacht-Ausstellung der Genossen **Jan Philipp Reemstma** (geb. 1952 als 1,3 Milliarden-Erbe) und **Hans Georg** (KP-Revoluzzername: Hannes) **Heer** (geb. 1941) in dem offensichtlichen Bemühen, auf diese Weise jeden deutschen Widerspruch gegen diese schauerliche Diffamierung der Deutschen Wehrmacht mit Hinweis auf den Strafparagraphen 130 wegen "Volksverhetzung" und "Verharmlosung des Holocaust" kriminalisieren zu können.

Sein Hauptanliegen, die Kollektivverantwortung des deutschen Volkes im Grundgesetz zu verankern, konnte er zwar nicht erreichen, doch wirkte sein Bemühen um immer neue Mahnmale für die Juden in Deutschland -- bis zu jenem Kollossalmonument in der Nähe des Reichstages in



Ignatz Bubis -- hier in trautem Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl -- war Schatzmeister der europäischen Sektion des Jüdischen Weltkongresses, Vizepräsident der Claims Conferenz, 1987 Chef des Bundesrundfunkrates in Hessen, 1992 FDP-Vorstandsmitglied, 1996 Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, Diese politische Organisation [50)] wurde bewußt mit "Juden in Deutschland" benannt und nicht mit "deutsche Juden" oder "jüdische Deutsche", wie es katholische oder evangelische Deutsche gibt. So bleiben ihre Mitglieder in selbstbestimmter Wortwahl als von den Deutschen völkisch und staatsrechtlich unterschiedlich.

Berlin -- als Kollektivanklage gegen Deutschland in die Zukunft hinein.

Es war ein Jude, der in Tel Aviv noch während seiner Beerdigung den Sarg des vielhundertfachen Millionärs schändete.

Stets und zu allen wesentlichen deutschen Angelegenheiten meldet sich auch **Michel Friedman** zu Wort. Er, dessen Eltern aus Polen stammen, fühlt sich privilegiert,[51) S. 8] dem deutschen Volk Vorschriften für seine Politik, Gesetzgebung, Justiz und Sühneverpflichtung zu machen.

"*Meine Eltern waren auf Schindlers Liste*", "*Vor 60 Jahren holte mich die Polizei zur Deportation ab*". [52)]

Er wurde also schon von der deutschen Polizei 14 Jahre vor seiner Geburt deportiert, wahrlich ein Bedauernswerter!

Am 25.12.1956 war er in Paris geboren, im Alter von 9 Jahren (1965) übergesiedelt in die Bundesrepublik. Er wurde Rechtsanwalt, Mitglied im Bundesvorstand der CDU, Bundestag, Stadtparlament von Frankfurt/M., Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt/M, ZDF-Verwaltungsrat, in der Atlantischen Brücke, Stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, Präsident des "European Jewish Congress" usw. usw..[51) S. 22]

Schließlich wurde er auch Fernsehmoderator. ***Der Spiegel*** vom 6. Mai 2002 skizzierte seine Streitkultur mit den Worten:

"Die Gesprächsrunden inszeniert er mittlerweile als Inquisition, der sich deutsche Politiker jeder Coleur in geradezu

47) ***Die Welt***, 10.8.1996.

48) ***Der Tagesspiegel***, Berlin 12.3.1998 + ***Frankfurter Rundschau***, April 1997.

49) ***Evangelische Kirchenzeitung***, Sonderblatt für Hessen und Nassau Nr. 5/ 1995, S. 4.

50) Daß es sich um eine politische Organisation handelt, bestätigte der spätere Nachfolger **Paul Spiegel** in ***Welt am Sonntag*** vom 8.12.2002.

51) Sven Eggers, "Antisemitismus? -- Die Wahreit über Michel Friedman", München 2002.

52) ***Die Welt***, 1.6.2002, S. 2, -- Äußerung am 31.5.2002.

masochistischem Eifer unterziehen. Sie werden von Friedman begrabscht und beschimpft, unterbrochen und überbrüllt, durchleuchtet und am Ende mit mephistophelisch-überheblichem Lächeln entsorgt. Sie haben keine Chance." [51) S. 25]

Grundsätzlich jedoch gilt für ihn:

"Versöhnung ist ein absolut sinnloser Begriff. Versöhnung wäre allenfalls denkbar, wenn es Auschwitz nicht gegeben hätte. Und -- sie hätte nur von den Juden ausgehen können. Aber jetzt nach dem Holocaust, klingt dieses Wort in den Ohren der verängstigten und verunsicherten jüdischen Bürger entsetzlich. Die Erben des judenmordenden Staates bieten den Opfern und Nachkommen der Opfer Versöhnung an und sind erbittert, wenn dieses Wort zurückgewiesen wird. Es kommt ihnen in Wirklichkeit gar nichts anderes zu, als die schwere historische Verantwortung auf sich zu nehmen, generationenlang, für immer." [53) + 51) S. 16]

Michel Friedman (lks.) im Plausch mit Bundesinnenminister Otto Schily anläßlich einer Jubiläumsgala zum 100-jährigen Bestehen des Jüdischen Nationalfonds am 17.10.2001 in Berlin

Eine Staatsangehörigkeitsreform sei erforderlich:

"Deutscher ist, wer in Deutschland geboren ist." [54)]

Als ob eine Ziege, die in einem Kuhstall geboren wird, in eine Kuh mutiert!

Kommentar der ***Bild-Zeitung*** nicht etwa, daß sich das deutsche Volk der Gefahr bewußt sein solle, sich mittels Multikultivermischung aufzulösen. Nein:

"Es ist schwer, sich von Friedmans gewinnender Art nicht einwickeln zu lassen."

Michel Friedman als Hauptredner einer anti-DVU-Kundgebung in Passau 1994:

"Kein Wahlrecht für Dr. Frey!" [54)]

*"Denken Sie nur an die **National-Zeitung**, die seit Jahrzehnten ungestraft ihre Lügen verbreiten darf."* [54)]

Er braucht freilich "die Lügen" nicht zu benennen oder gar nachzuweisen.

"Polizisten, ihre Vorgesetzten und Staatsanwälte müssen im Bereich des Rechtsradikalismus besser ausgebildet werden. ... Es muß in ihre Köpfe hinein: Rechtsradikalismus ist Kriminalität!" [54)]

Deutschland brauche laut **Michel Friedman** einen Holocaust-Gedenktag am 8. Mai. Außerdem:

"Dabei gehört doch niemandem dieses Land. Und dabei ist nationale Identität apriori das Recht des Individuums und nicht das einer Nation." [55)]

1998 popularisierte ***Der Tagesspiegel***, Berlin, ganzseitig seine Vorschläge für die Deutschen: Er forderte "*die höchsten Repräsentanten des Landes*" auf, "*eine grundsätzliche Haltung gegenüber den Opfern*" zu bekunden. Deutsche Opfer waren freilich nicht gemeint.

"Erste Informationen zum Thema Holocaust kommen aus dem Fernsehen oder aus der Schule, aber nicht von den Eltern. Das ist die Tragödie, das ist der Korken, der gezogen werden muß. ..."

Der Tagesspiegel:

"Was halten Sie von dem Vorschlag, den Kurfürstendamm umzutaufen in Moses Mendelsohn Allee?"

Friedman:

"Ich finde das wunderbar. Solche Umbenennungen kann es gar nicht genug geben. ... Es wäre gut, wenn es für jede Stadt eine solche Umbenungs-Initiative gäbe." [56)]

1999 forderte **Michel Friedman** die Bundesregierung auf, mehr Druck auf die deutsche Industrie auszuüben, damit auch die zusätzlich verlangten Zahlungen an die sogenannten Zwangsarbeiter rasch bewilligt werden. Vorher schon: Die deutschen Banken sollten sich an den Schweizer Banken ein Beispiel nehmen und großzügig zahlen.

"Verdrängen und Verschieben der Verantwortung könne nicht hingenommen werden. Im übrigen gehe es nicht nur um Geld, sondern auch um die Würde der Opfer." [57)]

Unerwähnt ließ Friedman die Würde der deutschen Kriegs- und Kriegsfolgeopfer. Weder für deren Tote, noch deren Vertriebene oder jahrzehntelangen Zwangsarbeiter hatte er ein Gedenken übrig.

"Deutschland sei das Land, in dem Millionen Täter aus der Zeit des Holocaust leben,"

und ausgerechnet hier ließ er sich als Fremder nieder.

Der Spiegel zitierte ihn mit der Aussage:

"Juden haben eine Vielzahl von selbstbestimmten Möglichkeiten, Staatsbürger in allen Ländern zu sein. In der aktuellen Situation in Deutschland kann ich nur sagen, wer nicht damit leben kann, daß Juden in Deutschland leben, der muß diesmal gehen, nicht die Juden." [58)]

Kritiker kriminalisierte er mit der Sentenz:

*"Die Ermordung von Menschen beginnt mit Worten wie von **Martin Walser** und von **Jürgen Möllemann**."* [58a)]

Im Jahr 2001 erhielt **Michel Friedman** das Bundesverdienstkreuz I. Klasse mit der Begründung:

"Friedman habe sich um das Zusammenleben jüdischer und nicht jüdischer Bürger verdient gemacht." [51) S. 22]

Auch **Michael Wolffsohn** ist sich seiner Rolle als Sittenrichter für die Deutschen bewußt: Geboren in Tel Aviv, von 1967 - 1970 Wehrpflichtiger in Israel, popularisierter Publizist in Presse, Fernsehen und Rundfunk, Redner, Professor für neuere Geschichte an der Bundeswehrhochschule in Fürstenfeldbruck. In seinem Buch "Die Deutschlandakte" wählte er eine Kapitelüberschrift: "***Tätervolk belehrt Opfervolk***".[59) S. 215] "*Tätervolk*" sind freilich seine Gast-

53) ***Rheinischer Merkur***, 16.11.1985 + ***Deutsche Nationalzeitung*** vom 24.9.1999 + 8.12.2002
54) ***Deutsche National-Zeitung***, München, 9.12.1994, S. 1 + 2.
55) ***Süddeutsche Zeitung***, 20.1.1995.
56) *Der Tagesspiegel*, Berlin 9. November 1998, S. 6.
57) ***Deutsche Nationalzeitung***, München 30.7.1999.
58) *Der Spiegel*, 16. Oktober 2000.
58a) *UN (Unabhängige Nachrichten)*, Oberhausen 11/2002 S. 4.

und Arbeitgeber und Sozialfürsorgepflichtigen, die Deutschen.

Die ***Frankfurter Zeitung*** vom 24.1.1995 zitierte ihn mit den Worten:

"Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind .... Das wird so bleiben. Sie haften politisch für die Taten der Vorfahren. ... Die Schuld, für die er haftet, ist dem Haftenden bekannt." [60)]

Der Schlesier verweist auf weitere fremde "Meinungsmacher":

*"Der US-Junghistoriker **Daniel Jonah Goldhagen** füllte ein ganzes Buch mit antideutscher Hetze. Für Goldhagen waren die genetisch minderwertigen Deutschen willige Vollstrecker an der Ermordung und Verfolgung der Juden.*

***Ralph Giordano** (Schriftsteller in Köln) hatte in einem offenen Brief an Bundeskanzler Kohl angekündigt, die Juden in Deutschland würden sich jetzt bewaffnen, weil sie das Vertrauen in den staatlichen Schutz verloren hätten:*

»Nie wieder werden wir Überlebenden des Holocaust unseren Todfeinden wehrlos gegenüberstehen -- niemals.«"

"Die Todfeinde" leben also noch, offenbar waren es doch nicht "die Nazis"! Sie brauchen gar nichts getan zu haben, dann sind sie bei solchen Leuten schon "Todfeinde"!

Hennig Voscherau (53), Erster Bürgermeister von Hamburg, sekundierte dienstbeflissen am 24.1.1995:

"Vor allem für das Volk der Täter (der Deutschen) *kann es, darf es keine Befreiung, keine Entledigung von Auschwitz geben."* [61)]

Aufgaben und Aktivitäten des Jüdischen Weltkongresses (JWK)

In dem Informationsblatt des Jüdischen Weltkongresses "World Jewish Congress -- six decades 1936 - 1995", einer Spezialausgabe des *Jerusalem Report* vom 4. Mai 1995, findet sich unter dem Titel "Diplomacy without Sovereignty" = "Diplomatie ohne Souveränität" ein historisch bedeutsamer Artikel, der hier wörtlich wiedergegeben sei:

"Er hat keine Grenzen, keine Staatsflagge und keine offizielle nationale Hymne, keine Armee und keine Botschaften. Doch die Führer des Jüdischen Weltkongresses, der bald sein sechzigstes Jubiläum begeht, treffen sich regelmäßig mit Staatsoberhäuptern, sind bei den Vereinten Nationen präsent und waren als Repräsentanten des Jüdischen Volkes bei zahlreichen Regierungen tätig. Er verfügt über einen speziellen Rechtskodex, der die Wahlberechtigung von Juden in 80 Ländern auf 6 Kontinenten regelt. Am besten läßt sich dies als jüdische Diplomatie ohne Souveränität beschreiben.

Dr. **Nahum Goldmann**, der zweite Präsident des Jüdischen Weltkongresses, umriß die Zielsetzungen der Organisation so:

'Die ständige Adresse des jüdischen Volkes herzustellen. Inmitten der Aufsplitterung und Atomisierung des jüdischen Lebens und der jüdischen Gemeinde eine reale, legitime und kollektive Repräsentation der Judenheit herzustellen, welche bevollmächtigt ist, im Namen von 16 Millionen Juden gegenüber den Nationen und Regierungen der Welt aufzutreten, ebensogut aber auch gegenüber den Juden selbst.'

Goldmann's erhabene Erklärung über die Ziele des Jüdischen Weltkongresses mag als eindrucksvoller Traum für eine Organisation erschienen sein, der gerade zu Beginn eine große europäische Gruppenbildung konstituierte, die nahezu ausschließlich mit der Nazi-Wolke, die über Europa hing, befaßt war. Eine seiner ersten Tätigkeiten nach der Gründungsversammlung in Genf im August 1936 war, zum Boykott der Berliner Olympischen Spiele aufzufordern. In den kritischen Jahren, die folgten, kämpfte er unter der Führerschaft seines ersten Präsidenten, Rabbi **Stephen S. Wise**, dafür, die Juden aus dem besetzten Europa herauszubringen und jene zu schützen, die dort verblieben waren. Sein Vertreter in Genf, **Gerhard Riegner**, war einer der ersten, die Dimensionen der Endlösung Hitlers zu entdecken.

In der Nachkriegsära, die folgte, -- weitgehend unter der Führerschaft von **Goldmann,** der 1949 **Wise** ablöste --, konstituierte sich der Jüdische Weltkongreß als einer der Führer des Kampfes für die Menschen- und die jüdischen Rechte bei den Vereinten Nationen und dem Europarat und bei vielen Regierungen der Welt als eine Organisation, die keine Regierung ist. Die deutsche Regierung anerkannte den Jüdischen Weltkongreß als die Vertretungskörperschaft des Weltjudentums, und **Goldmann** war die Schlüsselfigur in den Verhandlungen mit Kanzler **Konrad Adenauer**, die zu der Reparationsvereinbarung von 1952 führten.

Die Periode kennzeichnet auch die Entwicklung, die sich außerhalb Europas vollzog, wo jüdische Vertreter sich um die Gunst lokaler Herrscher bemühten. Aber **Goldmann**s Stil war europäisch intellektuell geprägt, während sein Nachfolger, **Edgar Bronfman**, eine neue Art jüdischer Führerschaft verkörperte: den erfolgreichen Geschäftsmann.

Seitdem er das Amt des Präsidenten im Jahr 1979 übernommen hat, war Bronfman -- mit dem Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses an seiner Seite -- mit hunderten von Weltführern einschließlich den vier ehemaligen USA-Präsidenten, Staatsoberhäuptern von sechs Kontinenten und dem **Papst John Paul II** zusammengekommen. Bronfman's Position als Vorsitzender der Seagram's Co. Ltd., einer der weltgrößten Produzenten von Spiritus und Weinen und als Vorstandsmitglied von DuPont, der achtgrößten US-Gesellschaft, hat ihn mit einer sehr besonderen Art ausgestattet, sich Zugang zu verschaffen, -- einschließlich für die Rolle, die jüdischen Interessen im Ostblock zu vertreten, bevor der Sowjetkommunismus in den frühen neunziger Jahren zusammenbrach. Die Führer von Ländern, die keine diplomatischen Beziehungen zu Israel, dem jüdischen Staat, hatten, stellten fest, daß jüdische internationale Geschäftsleute eine Art Wirtschaftsmacht darstellten, die nicht ignoriert werden konnte und daß -- besonders auf Gebieten wie denen der Menschenrechte -- die Straße zu guten Beziehungen zu Washington, das als einzige Supermacht der Welt emporgestiegen war, durch Jerusalem führte. Dies ist nicht nur von den arabischen Herrschern realisiert worden, die gegenwärtig mit dem Friedensprozeß um Israel befaßt sind.

Unter **Bronfman's** Führerschaft in den Jahren seit 1980 war der Jüdische Weltkongreß der Hauptvermittler mit der Außenwelt für die Juden der Diaspora und gelegentlich des jüdischen Volkes als ganzem. Er war behilflich in der Ent-

59) Michael Wolffsohn, "Die Deutschlandakte", München 1996.

60) ***Der Schlesier***, 5.7.2002.

61) ***Hamburger Morgenpost***, 24.1.1995, S. 4.

scheidung des Vatikan im Jahr 1994, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen. Er hat den Kampf geführt gegen die Ehrung der Nazitoten in Bitburg, bei der Enthüllung der Nazivergangenheit des früheren Präsidenten Österreichs, **Kurt Waldheim**, der Entfernung des Karmeliter Klosters in Auschwitz und dem Wiederaufleben des Neonazismus in Europa. Vor dem Fall des Sowjetkommunismus nahm er die jüdische Interessenvertretung bei den Regierungen Osteuropas wahr und spielt nach wie vor eine Schlüsselrolle bei den fortgesetzten Bemühungen, jüdisches Eigentum zurückzuerstatten. Als eine Führungskraft in dem erfolgreichen Kampf für die Freiheit des sowjetischen Judentums legte er besonderen Wert darauf, Verbindungsglied zwischen den Menschenrechten für Juden und guten wirtschaftlichen Verbindungen mit dem Westen zu sein. In einigen Hauptstädten, in denen es noch keine formellen Verbindungen mit Israel gibt, vertritt der Jüdische Weltkongreß weiterhin die jüdischen Interessen.

Der Jüdische Weltkongreß setzt diese Aufgaben weiter fort mit einer Kombination von öffentlicher Aktivität und ruhiger Diplomatie durch die Diplomaten in Wirtschaftspositionen."

Der Jüdische Weltkongreß hat, aufbauend auf den unter Führung von **Stephen Wise** und **Samuel Untermayer** in den USA vorangetriebenen Boykott- und "*Heiligen Kriegs*"-Operationen gegen Hitler-Deutschland für einen "*unerbittlichen Kampf bis zur bedingungslosen Kapitulation*", als Gründungsziel die "***Bekämpfung des Nazismus***" verkündet.[62]

Dies führte zweifellos zu einer weltweiten Kraftverstärkung des von **Stephen Wise** schon 3 Jahre früher angefeuerten Feldzuges gegen das deutsche Volk, das sich bekanntlich kraft demokratischen Votums das Dritte Reich geschaffen hatte.

Hervorzuheben ist hierbei, daß die Juden in Deutschland ihn oder seine Mitstreiter weder dazu aufgefordert, noch sein Tun gebilligt, noch sich daran beteiligt, sondern sich im Gegenteil dagegen heftigst gewehrt haben.[63] **Stephen Wise** und seinen Leuten ging es somit nachweislich gar nicht darum, sich als demokratische Willensvollstrecker seiner in Deutschland "unterdrückten Brüder und Schwestern" zu betätigen, sondern darum, um -- wie es **Samuel Untermayer** ausdrückte -- "***den Aristokraten der Welt***", nämlich ihnen selbst, das Sagen in Deutschland zu verschaffen.[64] Wurde dieser Kampf Hitler doch schon zu dem Zeitpunkt aufgezwungen, als er am 30. Januar 1933 an die Macht kam und das deutsche Volk aus Not, Elend, Bürgerkrieg befreite und von einer "Unterdrückung der Juden in Deutschland" noch gar keine Rede sein konnte![65]

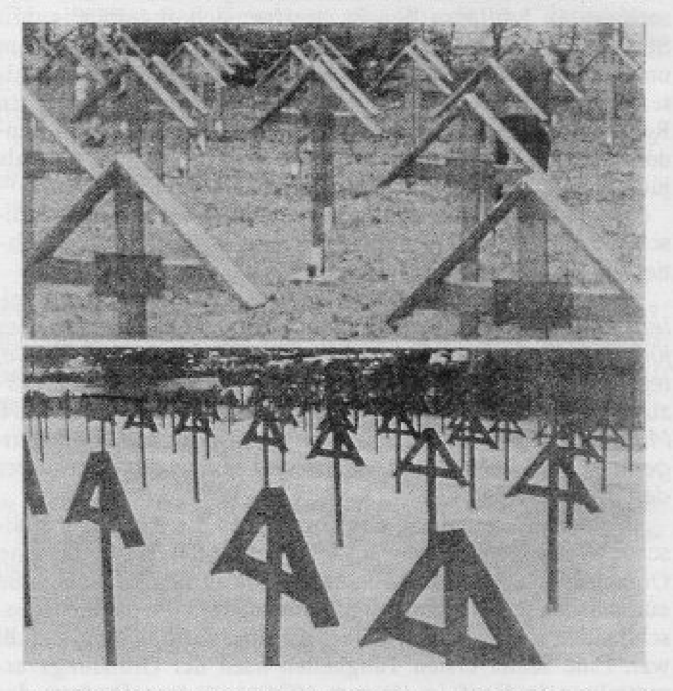
Eingedenk dieser Vorgeschichte ist das vorgenannte Dokument eine erneute Bestätigung dafür, daß sich ein beachtlicher Teil der dort vorgetragenen Zielsetzung und Betätigung nicht mit dem eigenen Volk in Israel oder in anderen Teilen der Welt befaßt, sondern ausgerechnet wieder mit dem deutsche Volk und dessen inneren Angelegenheiten.

Zeugten schon die Aktivitäten insbesondere der jüdischen Organisationen in den USA während des Krieges von dem Bemühen, sich als Zielgeber und Schrittmacher zur Durchsetzung ihrer speziellen rassisch-völkischen Interessen in der US-Außenpolitik und später nachfolgenden Besatzungspolitik hervorzutun, so schildert auch der langjährige WJC-Präsident **Nahum Goldmann** in seinen Memoiren, wie sie sogar die Strukturen für die Nürnberger "Kriegsverbrecher"-Prozesse geschaffen haben.

"*Während des Krieges hatte der Jüdische Weltkongreß in New York ein Institut für jüdische Angelegenheiten geschaffen, dessen Sitz heute in London ist. Seine Leiter waren zwei bedeutende litauische Juden,* ***Jacob*** *und* ***Nehemiah Robinson****. Nach ihren Plänen wurden zwei absolut revolutionäre Ideen entwickelt: Das Nürnberger Gericht und die deutsche Wiedergutmachung.*" [66]

Vieles, was die Schwarz-Propaganda, Dokumentenfälschungen, Methoden der Prozeßführung, Personalpolitik usw. betraf, blieb freilich verschwiegen. So im wesentlichen auch das von **Lord Lionel de Rothschild**, dem damaligen Ehrenpräsidenten der Zionisten in Großbritannien, dem Sekretär Winston Churchills, **John Colville** am 22.10.1939 anvertraute Kriegsziel:

> ***"Er empfahl als Kriegsziel, Deutschland den Juden zu überlassen und die Deutschen unter den anderen Völkern dieser Erde aufzuteilen."*** [67]



Am 13.2.2003 wurden in einer Nacht- und Nebelaktion die 309 Namenstafeln auf den Holzkreuzen im Landsberger Gefängnisfriedhof entfernt. Während der Stadtrat von Landsberg, die Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche mit großer Mehrheit für die Erhaltung der Namensschilder eintraten (vergl. oberes Foto), **setzte die Vizepräsidentin des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, bei Justizminister Dr., Weiß (CSU) deren Beseitigung durch** (vergl. unteres Foto). **Nachdem auf diese Weise der durch Siegerurteil hingerichteten Deutschen nicht mehr "öffentlich individuell gedacht" werden solle, beabsichtigt die bayerische Staatsregierung vor Abriß auch der Kreuze eine Bestandsaufnahme des Friedhofs durch das Institut für Zeitgeschichte in München. Von Friedhofschändung sprach kein Offizieller.**

-- *Deutsche Nationalzeitung*, 21.2.2003.

62) *Historische Tatsachen* Nr. 54, S. 12 ff, 22 ff, 26 ff.
63) Vergl. *HT* Nr. 10.
64) Vergl. *HT* Nr. 54, S. 23 II + Nr. 29, S. 24 ff.
65) Vergl. *HT* Nr. 54, S. 16.

Dieser "tolle Demokrat" trieb die Formationen derer mit Parolen in den Krieg, für den "demokratischen Vollzug des Volkswillens" zu kämpfen! **Lord Lionel de Rothschild** konnte ein solch gewaltiges Kriegsziel -- ein ihm fremdes 80 Millionen-Volk (nicht etwa "die Nazis") betreffend -- nicht als Privatmann entwickelt haben! Schließlich repräsentierte er den einflußreichsten Teil jener Leute, die neuerlich erst wenige Wochen zuvor Deutschland den Krieg bis zur Vernichtung erklärt hatten!

Ähnlich "demokratisch - friedfertig" **Chaim Weizmann**: 1916 - 1919 hatte er die Munitionslaboratorien der britischen Admiralität geleitet und war maßgeblich am Zustandekommen der "Balfour-Erklärung" beteiligt; 1920 - 1931 und 1935 - 1946 betätigte sich dieser Präsident der Zionistischen Weltorganisation, ab 1929 auch der Jewish Agency, als "heiliger Krieger" gegen Deutschland und äußerte sich auf dem Weltjudenkongreß in Washington 1942 ähnlich wie Lord de Rothschild.

Wäre es nicht angesichts dieser und zahlreicher ähnlich lautender historischer Dokumentationen für die überstaatlichen Organisations-Führer nach der Niederlage Deutschlands angebracht gewesen, dieser Zielinitiative, das deutsche Volk beherrschen zu wollen, mit überzeugenden Taten entgegenzutreten? Gerade an dieser Frage entzünden sich doch die internationalen und damit auch die individuell menschlichen Differenzen!

An diesem schon 1919 in Versailles nachweisbaren Anspruch haben sich doch auch schon die Gegensätze in der Weimarer Republik entzündet! Denn dieses Kriegsziel war ja nicht erst 1933 oder 1939 entworfen worden, sondern spätestens bereits anläßlich der Versailler Friedenskonferenz 1919! Damals hatten dieselben Organisationen ihre Vertreter zu den Siegerverhandlungen über die Ausraubung Deutschlands entsandt und ihre Ansprüche auf Kontrolle und Mitgestaltung der deutschen Innenpolitik sowie umfangreichen Aufkauf deutschen Besitzes ausgeweitet! Von Adolf Hitler hatten sie damals keinerlei Kenntnis! Er erschien erst als Reaktion auf deren Handeln! Ihr Respekt vor dem deutschen Volkswillen war damals schon = Null.

Der gewiß nicht des "Faschismus" verdächtige führende Finanzpolitiker des Zentrums und ab 1930 Reichskanzler **Heinrich Brüning** hatte zwecks Sanierung der Reichsfinanzen und Bewältigung der Reparationslasten eine Überprüfung der Eigentumsverhältnisse im deutschen Bankgewerbe durchführen lassen. Das Ergebnis, demzufolge sich in ganz Deutschland nur eine einzige Bank nicht in jüdischem Besitz befand, durfte seinerzeit nicht veröffentlicht werden.[68]

Gewiß hat der Zweite Weltkrieg unglaubliche Emotionen hochgespielt. Doch der "Frieden" sollte dazu angetan sein, zur Sachlichkeit und Gleichberechtigung der Völker zurückzufinden. Eine international gepriesene "Wertegemeinschaft", die sich einhüllt in Völkerrecht, Rechtsstaatlichkeit, Rechtsgleichheit der Rassen und sonstige humanistische Grundsätze, -- in Wirklichkeit jedoch Imperialismus und Neokolonialismus betreibt, kann keine ehrliche Konzeption für dauerhaften Frieden in dieser Welt sein.

Kurz nach Neujahr 1959/60 erfuhr man Erstaunliches: Der politische Direktor des Jüdischen Weltkongresses, **Mr. Easterman**, stellte auf einer Pressekonferenz in Bonn Forderungen vor: alle Personen in Regierung, Verwaltung, Gerichten, Schulen und Presse seien hinsichtlich ihrer "faschistischen Vergangenheit rigoros und eingehend" zu überprüfen, "Belastete" schnellstens zu entlassen, "revanchistische" Vertriebenenverbände zu reglementieren, "naziverdächtige Organisationen und Publikationen" zu verbieten, lückenlose Beobachtungen der Auslandskontakte von Antisemiten einzuleiten, Gerichtsverfahren gegen "Naziverbrecher" zu beschleunigen, Pensionen an ehemalige "Nazis" zu überprüfen, Wiedergutmachungszahlungen aufzubessern usw. usw.

*"Wie **Easterman** weiter vor der Presse mitteilte, sah Außenminister **Heinrich von Brentano** (CDU) keine Schwierigkeiten in der Annahme dieser Grundsätze durch das Bonner Kabinett."* [68a]

Während der Präsident des JWK, **Edgar Bronfman**, sich 1988 nach Ost-Berlin begab, um die ihrem Niedergang entgegensehende "DDR" wieder aufzuwerten, erklärte der "Bevollmächtigte des JWK für Kontakte mit der DDR", **Dr. Maram _Stern**, mit aller Deutlichkeit:

"Für seine Organisation stehe die Frage der Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung. Der JWK werde alles tun, damit es nicht dazu komme. Die Lehren der Geschichte seien noch aktuell. Allerdings wäre es schwer, diese Position gegenwärtig öffentlich zu vertreten. Präsident Bronfman werde jedoch in den USA und anderswo in diesem Sinne wirken." [68b]

Als sich "die Wende" dennoch nicht aufhalten ließ, verblieb der JWK bei seiner Politik der Einmischung in die deutschen Angelegenheiten und stellte die Forderung:

"Der Jüdische Weltkongreß verlangt von einer künftigen Regierung der DDR eine 'klare und aufrichtige Erklärung', in der sie sich zur deutschen Verantwortung für den Holocaust bekennen soll. Wie in Jerusalem bekannt wurde, beschloß der israelische Ausschuß des Jüdischen Weltkongresses, seine Unterstützung für die deutsche Einheit u.a. von einer solchen Erklärung abhängig zu machen.

Als weitere wichtige Voraussetzung für eine Unterstützung der deutschen Einheit erhob der Jüdische Weltkongreß die Forderung, daß ein einiges Deutschland keinerlei militärische Zusammenarbeit mit Staaten unterhalten sollte, die sich im Kriegszustand mit Israel befinden.

Darüber hinaus sollten die Deutschen dem fortwährenden Gedenken an den Holocaust 'höchste Priorität' beimessen. Dazu gehörten Gesetze zur Verfolgung von Rassenhaß und von Versuchen, die Verbrechen des Holocaust zu leugnen." [69]

Auch Londons Oberrabbiner, **Immanuel Jakobovits**, meldete jüdische Mitspracherechte bei der Wiedervereinigung Deutschlands an, um sicherzustellen, daß die Juden unter den Deutschen nicht wieder zu leiden hätten.[70]

66) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1978, S. 166; -- vergl. ausführlicheres Zitat in HT Nr. 5, S. 40.

67) John Colville, "Downing Street Tagebücher 1939 - 1945", Berlin 1988, S. 31.

68) David Irving, "Goebbels -- Macht und Magie", Kiel 1997, S. 62.

68a) Adolf v. Thadden, "Die verfemte Rechte", Pr. Oldendorf 1984, S. 113, 114.

68b) *Die Welt*, 2. April 1992

Souverän oder nicht -- wer schwindelt hier?

Bundesgesetzblatt, Teil II Nr. 38, ausgegeben zu Bonn am 13. Oktober 1990:

Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland.

Unterzeichner:

Bundespräsident v. Weizsäcker, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, der Bundesminister des Äußeren Genscher, Bonn, den 11. Oktober 1990:

> *"... in Würdigung dessen, daß das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts seinen Willen bekundet hat, die staatliche Einheit Deutschlands herzustellen, um als gleichberechtigtes und souveränes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, ...*
>
> *in der Überzeugung, daß die Vereinigung Deutschlands als Staat mit endgültigen Grenzen ein bedeutsamer Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa ist,*
>
> *mit dem Ziel, die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu vereinbaren,*
>
> *in Anerkennung dessen, daß dadurch und mit der Vereinigung Deutschlands als einem demokratischen und friedlichen Staat die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes ihre Bedeutung verlieren, ...*
>
> *Artikel 1*
>
> *(1) ... Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages endgültig sein. ...*
>
> *(3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch in Zukunft nicht erheben. ...*
>
> *Artikel 7*
>
> ***(1) Die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes.** Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.*
>
> *(2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten. ...*
>
> *Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben.*
>
> *Geschehen zu Moskau am 12. September 1990. ...*
>
> *Unterzeichner für die Bundesrepublik Deutschland Hans-Dietrich Genscher, für die Deutsche Demokratische Republik Lothar de Maizière, für die Französische Republik Roland Dumas, für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken E. Schewardnadse, für das Vereinigte Königreich Großbritannien Douglas Hurd, für die Vereinigten Staaten von Amerika James Baker."*

Seit Abschluß dieses Vertrages wurden weder irgendwelche Vertragsklauseln des Überleitungsvertrages vom 31.3.1955, die wesentliche Eingriffe der Westalliierten in das innere Gefüge Deutschlands festschrieben, modifiziert, noch Grundgesetzartikel 139 verändert oder aufgehoben, der "*die zur »Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus« erlassenen Rechtsvorschriften*" für das deutsche Volk zum vorrangig gültigen Recht verankerte. Man sei daran erinnert, daß bereits bei Unterzeichnung des Überleitungsvertrages 1955 die Übertragung der "***vollen Souveränität***" auf die Bundesrepublik gefeiert wurde, was von Anfang an gezielte Desinformation war. Ist das jetzt anders?

Eine Anfrage an das Bundesministerium der Justiz ergab am 20. Juni 1995 als Antwort (Az.: IV A 2-1000 II-46 0411/95):

> *"Artikel 139 GG ordnet die Fortgeltung der bei Inkrafttreten des Grundgesetzes in Gesetzen und Rechtsverordnungen enthaltenen »Entnazifizierungsvorschriften« an, obwohl diese mit einer Reihe von Grundrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien des Grundgesetzes nicht vereinbar waren. Bei Artikel 139 GG handelt es sich um eine eng auszulegende Ausnahmevorschrift und eine Übergangsregelung, die heute nur noch geringe Bedeutung hat."*

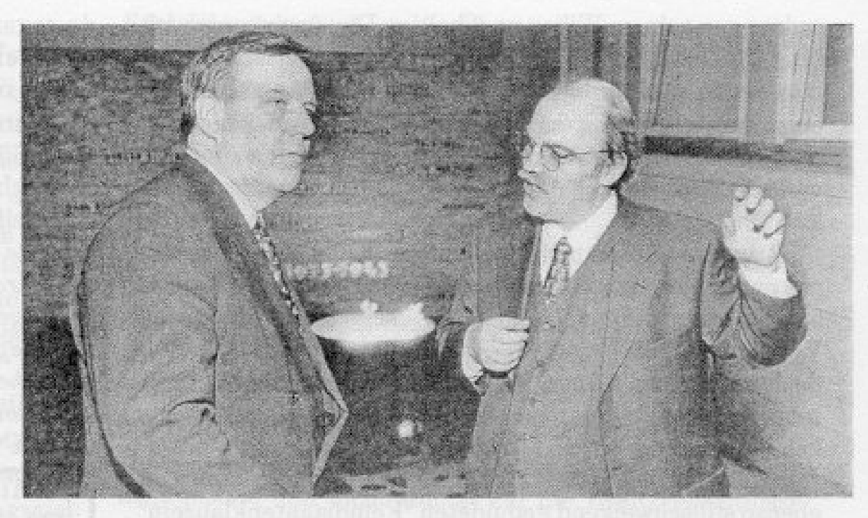
Diesen Ausführungen folgten als Anlage alle von der Datenbank des Bundesrechts abgefragten Rechtsvorschriften mit den Suchwörtern "*Nationalsozialismus, nationalsozialistisch, Militarismus, militaristisch*", -- immerhin 43 Sortiersätze! Beachtlich an diesen **vom Bundesjustizministerium im Jahre 1995 als heute noch gültig im Sinne des Artikel 139 GG herausgefundenen Rechtsvorschriften ist**, daß von den 43 = 17 auf die Besatzungsjahre 1946 - 1948 verweisen. Wenn das alles "*eng auszulegen ist*", nur für den "*Übergang*" gedacht war, worüber die Alliierten gewiß eine andere Meinung haben, fragt es sich doch, warum das nicht längst von der "voll souveränen" Bundesregierung aufgehoben worden ist, zumal es "*mit einer Reihe von Grundrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien nicht vereinbar*" ist!

Das »*Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus*« der us-amerikanischen Besatzungsmacht vom 5. März 1946 ist seltsamerweise in der ge-

69) *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*, 29. März 1990, S. 1.
70) *Die Welt*, 23. Juli 1990.

nannten Aufzählung der "43 Sortiersätze der Datenbank des Bundesrechts" nicht mit aufgeführt, obgleich es doch infolge seiner Aufnahme ins Grundgesetz von elementarer Bedeutung ist. Gerade weil der Artikel 139 in der noch heute gültigen Form eine derart umfassende Auslegungsmöglichkeit und damit Eingriffsbreite in innerdeutsches Recht und innenpolitischen Vollzug hat, ist die genannte Stellungnahme des Bundesjustizministeriums geradezu abenteuerlich, zumal die "*Übergangsregelung*" längst vorüber sein dürfte.

Das US-"*Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus*" vom 5. März 1946 mit seiner "*Anlage zum Säuberungsgesetz*" im Zusammenhang mit Kontrollratsgesetz Nr. 24 füllt zudem sogar eine ganze Broschüre! Es ist daher nicht in einigen Absätzen wiederzugeben. Der Leser sei zur Erfassung des gesamten Textes auf eine Bibliothek verwiesen. Der Tenor dieses umfangreichen Gesetzes läuft jedoch darauf hinaus, das deutsche Volk grundsätzlich als "*Straftäter- bzw. Verbrecher-Volk*" zu erkennen und zu behandeln sei. Für jeden erwachsenen Deutschen war eine Katalogisierung vorgeschrieben: wer als Hauptschuldiger, wer als Belasteter, Aktivist, Militarist, "*Angehöriger einer verbrecherischen Organisation*", Nutznießer, wer als Minderbelasteter, Mitläufer oder Entlasteter einzustufen, zu bestrafen oder nicht zu behelligen, aber dennoch als Kollektivhaftender zu diffamieren sei. Als unschuldig konnten sich allenfalls Kinder und Jugendliche betrachten; erst nach Beendigung der Besatzungszeit wurden dann auch sie als Kollektivhaftende zur "Verantwortung" verpflichtet.



Antrittsbesuch von Bundesverteidigungsminister Volker Rühe bei Andreas Nachama (rechts), dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Berlin. -- Sprechen wollten beide über die Vorstellungen Rühes zu öffentlichen Gelöbnissen der Bundeswehr. Rühe bekräftigte, daß das Gelöbnis am 13. August in Berlin vor dem Roten Rathaus stattfinden solle. Nachama stimmte Rühe darin zu: Die geplante Zeremonie halte er für richtig für »unsere Bundeswehr«."

Der Tagesspiegel, Berlin 20.1.1998.

Die "Strafen" reichten von der Todesstrafe bis zur langjährigen Haft, von totaler Enteignung einschließlich Entzug von Renten- oder Pensionsansprüchen bis zu Arbeits-, Gewerbe- und Berufsverboten, Verpflichtung zur Veräußerung einer Beteiligung, Einweisung in Arbeitslager, Ausschluß von der Teilnahme am öffentlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, Geldstrafen. Die Maßstäbe für diesen "Befreiungs"-Eifer setzte der Sieger in eigener Willkür.

Ein "*Minister für politische Befreiung*" hatte dafür zu sorgen, nur ausgesuchte Gegner des Nationalsozialismus und Militarismus zur Mitwirkung in den einzurichtenden "Spruchkammern" bei der Katalogisierung und Bestrafung diser Millionen "Schurken" verschiedenartiger Kategorien sowie bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens zuzulassen.

"***Belasteten***" ist zudem das Wahlrecht zu entziehen, "*sie sind dauernd unfähig, ein öffentliches Amt einschließlich des Notariats und der Anwaltschaft zu bekleiden oder sich irgendwie politisch zu betätigen*"! Sie dürfen auch nicht binnen 5 Jahren in einem freien Beruf oder selbständig in einem Unternehmen tätig sein.

Für "***Minderbelastete***" gilt: Während einer Bewährungsfrist ist ihnen untersagt, ein Unternehmen zu leiten, in nicht selbständiger Stellung anders als in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt zu sein; Beamte können entlassen, rückversetzt, in ihren Bezügen herabgestuft werden. "*Gegen »Mitläufer« sind einmalige oder laufende Beiträge zu einem Wiedergutmachungsfonds anzuordnen*".

"***Entlasteter***" ist jener,

"*wer trotz einer formellen Mitgliedschaft oder Anwartschaft oder eines anderen äußeren Umstandes sich nicht nur passiv verhalten, sondern nach dem Maß seiner Kräfte aktiv Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistet und dadurch Nachteile erlitten hat.*"

Galt vor der "Befreiung" auch für die US-Amerikaner der Deutsche grundsätzlich als zum Freiwild erklärter "*Angehöriger eines paranoiden Feindstaates*" (Einschätzung durch General Dwight D. Eisenhower), so wurde danach ausschließlich der "Widerstandskämpfer" "entlastet" und zur Dienstleistung für die Besatzungsmacht herangezogen, während alle anderen zunächst weiterhin diskriminiert und entrechtet blieben, nicht viel anders als bei den sowjetrussischen "Befreiern".

Besserten sich nach und nach für viele auch die Einzelbedingungen, so blieben doch die Strukturelemente der fremdinstallierten Rahmenbedingungen erhalten. Wurde das neue Gefüge auch "Demokratie" genannt, so war dies im Westen nicht viel anders als jenes in der "Deutschen Demokratischen Republik", das auch dort weder deutsch noch demokratisch noch republikanisch, sondern besatzungsgesteuert war. Das "*Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus*" vom 5. März 1946 war genau das Gegenteil eines Volkswillens: es hat diesen Volkswillen mit rückwirkender Kraft abgestraft! Der Alliierte Kontrollrat hat mit parallel geschalteten Gesetzen und Ver-